

Ausgabe  
Groß-Berlin

# Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Arbeitskämpfe in aller Welt:

## 60 000 Angestellte gekündigt

Vorsorgliche Weihnachtsbescherung der Unternehmer / Der Sozialabbau-  
Minister redet / Hitler handelt um Ministerposten

### Massenkündigung von Angestellten

Berlin, 28. November.

Die Tarifkündigungen für die Angestellten Groß-Berlins häufen sich jetzt stark. So wurde der größte Tarifvertrag Berlins, das Gehaltsabkommen für die Angestellten der Berliner Metallindustrie, zum 31. Dezember gekündigt. Weiter liegen Kündigungen vor für die Angestellten der Berliner Tapissier-Fabrikanten, für die Angestellten der Verbandmittelhersteller Groß-Berlins und die Gehaltstarifabkommen der Berliner Schuhfabrikanten. Die Berliner Mützenfabrikanten kündigten Manteltarifvertrag und Gehaltsabkommen ebenfalls zum 31. Dezember 1931; gleichfalls liegen die Kündigungen vor für die Angestellten der Kartonagen-Industrie, der Asphalt-Industrie, der Briefumschlagfabrikanten, des Berliner Buchhandels und die Angestellten des Filmgewerbes. Außerdem sind noch eine ganze Reihe von Haustarifen gekündigt worden. Von diesen Kündigungen werden insgesamt rund 60 000 Berliner Angestellte betroffen.

### Der Ruhrschiedsspruch verbindlich

Der Reichsarbeitsminister hat den am 26. November gefällten Schiedsspruch für den Ruhrbergbau, der eine unveränderte Verlängerung der jetzt gültigen Lohnordnung bis 31. Dezember 1931 vorsieht, für verbindlich erklärt.

### Die englische Unternehmeroffensive

48-Stunden-Abkommen in der Baumwollindustrie gekündigt

London, 27. November.

Die Arbeitgeber-Organisationen der Baumwollindustrie Englands haben beschlossen, das 48-Arbeitsstunden-Abkommen vom Juli 1919 mit einmonatiger Frist zu kündigen; sie verlangen von den Arbeitnehmern ein neues Abkommen mit erhöhter Stundenzahl und entsprechenden Lohnänderungen.

### Ostoberschlesische Arbeiter fordern Generalstreik

Kattowitz, 28. November.

Gestern fand ein Kongreß der Betriebsräte sämtlicher Industriebetriebe der Kattowitzer A.-G. statt. Die Betriebsräte forderten fast einstimmig die Ausrufung des Generalstreiks

als Protest gegen die Absicht der Arbeitgeber, zehntausend Arbeiter zu entlassen. Die Vertreter der Berufsverbände erklärten, in Anbetracht der starken Erregung unter der Arbeiterschaft für eventuelle selbständige Maßnahmen der Arbeiter keine Verantwortung übernehmen zu können. Es wurde sodann beschlossen, eine Delegation zum Wojewoden zu entsenden, der in der Angelegenheit der geplanten Massenentlassungen eingreifen soll. Falls dieser Schritt erfolglos sein sollte, wollen sich die Arbeiter mit anderen Berufsverbänden in Verbindung setzen, um den Generalstreik auszurufen.

### Vor einem neuen Streik in Norwegen?

Oslo, 27. November.

Norwegen droht ein neuer Streik. Im Lohnkonflikt im Beförderungsgewerbe sind am Freitag die Schlichtungsverhandlungen ergebnislos abgebrochen worden. Man befürchtet eine Aussperrung, die frühestens am nächsten Dienstag beginnen kann.

Will er bei Hitler Rat holen? Der ehemalige König von Spanien, Alfons XIII., traf am Freitag nachmittag in München ein. Alfons XIII., der drei Tage in München bleiben will, reiste ohne Begleitung.

### Verständigung

der Kapitalisten  
oder  
der Sozialisten?

† Berlin, 29. November.

Wir gehen nun in den Winter hinein. Die letzten Herbsttage haben Stadt und Land in Regen und Nebel eingehüllt. Genau so in der Wirtschaft. Dieser Notwinter der schwersten Krise des Kapitalismus kündigt sich an mit einem Arbeitslosenheer von fünf Millionen. In Wirklichkeit ist die Zahl derjenigen, die in Deutschland arbeiten wollen, aber dank der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht arbeiten können, noch viel größer. Mit der Steigerung der Not der breiten Arbeitermassen, mit der Schrumpfung ihrer Kaufkraft vorerledet auch der Mittelstand. Und selbst die Burgen des Kapitals, die Konzerne und Truste und die Großbanken können sich dieser Not nicht ganz entziehen. Auch auf sie schlägt der Ausfall der Käufer zurück. Die Rentabilität des Kapitals läßt sich mit der Aushungerung der breiten Massen auch nicht erzwingen.

Das deutsche Kapital glaubte zunächst Ersatz für den schwindenden Innenmarkt auf dem Weltmarkt zu finden und mit einer Unterbietung der Preise auf Grund der gesunkenen Löhne solche Ausfuhrüberschüsse zu erreichen, die es ihm ermöglichen, wenigstens seinem laufenden politischen und wirtschaftlichen Schuldendienst zu leisten. Aber auch das war eine Illusion. Die anderen kapitalistischen Länder, zugleich geschüttelt vom Krisensturm, haben sich zur Wehr gesetzt, haben ihre Währung verwässert oder hohe Zollmauern an ihren Grenzen errichtet. Schon der November und noch mehr der Wintermonat Dezember werden zeigen, daß diese Spekulation der deutschen Bourgeoisie eine Fehlspekulation gewesen ist.

Die Flucht der Kapitalisten aus dem Kapitalismus, die Kreditentziehung für die Zukunft des kapitalistischen Systems seitens der Kapitalisten, die Hoffnungslosigkeit, mit der der ausländische Kapitalist die kapitalistische Zukunft Deutschlands betrachtet, zeigen sich darin, daß auch im Oktober der Abfluß von Auslandsgeldern angehalten hat. Nur mit größter Mühe hat die Reichsbank den Gold- und Devisenbestand für den Notenumlauf sichern können. Niemand — das haben nicht zuletzt die Beratungen des Wirtschaftsbeirates gezeigt, — weiß in diesem Augenblick, wie ein kapitalistischer Ausweg aus der Krise noch einmal gefunden werden könnte.

Wenn der deutsche Kapitalismus gerettet werden kann, dann nur mit Hilfe einer solidarischen Aktion des Weltkapitalismus selbst. Aber die letzten Verhandlungen mit Frankreich haben gezeigt, daß die Interessengegensätze der kapitalistischen Staaten schwerer ins Gewicht fallen, als das gemeinsame Interesse an der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems. Wohl weiß auch das französische Kapital, daß der Zusammenbruch des deutschen Kapitalismus nicht eine durch den RT abgegrenzte Erscheinung bleiben kann, sondern auf die gesamte kapitalistische Welt sich auswirken muß. Indessen ist kaum noch damit zu rechnen, daß diese Einsicht den französischen Sparern dazu bewegen wird, noch ein-

## Hitler und Schleicher

Die Verhandlungen gehen fort / Besprechungen um die Kabinettsbesetzung

Die „Schwarze Front“, das Organ der über Vorgänge im Hitlerlager stets gut unterrichteten Straßer-Leute, bringt in seiner heute neu erschienenen Ausgabe Enthüllungen über den Fortgang der Verhandlungen zwischen Hitler und den Regierungsstellen, für deren Richtigkeit sie die volle Verantwortung übernehmen will und die sie, falls München anlebenssolle durch weitere Einzelheiten erhärten will.

Die „Schwarze Front“ schreibt:

Allen Ablehnungen zum Trotz gehen die Verhandlungen zwischen dem Zentrum und der Hitler-Partei zwecks Umbildung der Regierung weiter.

So wollte am Mittwoch und Donnerstag, 18. und 19. November, Adolf Hitler mit seinem engeren Stabe erneut in Berlin und verhandelte mit zahlreichen Politikern der Mittelparteien und mit Abgeordneten der Regierung über die beste Form, den Eintritt der Hitler-Partei in das Reichskabinetts in allernächster Zeit zu vollziehen.

Die Forderungen Hitlers lauten:

Frick wird Reichskanzler, Gregor Straßer Reichsinnenminister, ein weiterer Nationalsozialist oder ein der Hitler-Partei genehmer Parteilooser (genannt wurden Geßler und Schacht!) erhält ein wirtschaftliches Ministerium (Wirtschaft oder Finanz); Brüning beschränkt sich auf das Außenministerium, Groener auf das Reichswehrministerium, die übrigen Mitglieder des Kabinetts — mit Ausnahme Dietrichs, den Hit-

ler nicht akzeptierte — bleiben im Amt. Außerdem sollen die Neuwahlen in Preußen beschleunigt werden und Hitlers Einbürgerung seine Kandidatur zum Reichspräsidenten ermöglichen.

den Personalfragen zustimmend, so daß man mit einem Kabinetts dieser Art mit Gewißheit rechnen kann. Ablehnend war Brüning bezüglich des Zeitpunktes. Er will unter allen Umständen die neuen außenpolitischen Verhandlungen noch als Reichskanzler führen und sieht erst den Februar als den für die Aufnahme der Hitler-Partei geeigneten Zeitpunkt an.

Außerdem besteht Brüning auf der Wiederwahl Hindenburgs als Reichspräsident und verlangte von der Hitler-Partei eine bindende Zusicherung, daß sie sich für Hindenburg einsetzt.

Gerade dieser Punkt hat die Einigung noch nicht zu einer vollständigen werden lassen, die Hitler nunmehr durch einen Druck auf das Zentrum erzwingen will.

Die Mitteilungen des Strasser-Organs stimmen sehr weitgehend mit den Informationen überein, die auch uns in den letzten Tagen zugeflossen sind.

Es ist uns bekannt, daß

die Koalitionsverhandlungen sehr weit gediehen sind

und daß tatsächlich bloß die beiden Momente des Termins der Regierungsbildung und der Preußenwahlen die volle Einigung hemmen.

Dagegen scheint nach unseren Informationen Hitler bereit zu sein, in die Verlängerung der Präsidentschaftsperiode Hindenburgs einzuwilligen, wenn diese Verlängerung sich nur auf ein halbes, höchstens ein volles Jahr erstrecken würde. Dann hofft er nämlich für die eigene Bewerbung um die Nachfolge des Herrn von Hindenburg größere Aussichten zu haben.

Daß Brüning vom Kanzleramt zurücktreten und sich allein auf die Leitung der Außenpolitik beschränken werde, stand gleich falls seit einiger Zeit fest. Es leuchtet ein, daß auch Hitler suchen muß, die persönlichen internationalen Beziehungen Brünings zu erhalten, schon darum, weil ja die „Außenpolitik“ einer von den Nazis beeinflussten Regierung sich unter dem Druck der wirtschaftlichen Verpflichtungen gar nicht von der der gegenwärtigen Regierung unterscheiden könnte. Von „Außenpolitik“ zu sprechen, ist in diesem Zusammenhang überhaupt recht gewagt; was hierzulande als „Außenpolitik“ bezeichnet wird, das sind Zwangsläufigkeiten bei deren Erfüllung allenfalls taktische Differenzen entstehen könnten.

Wenn Hitler wirklich den Vorsitz in der neuen Regierung für seine Partei gefordert und hier personell Herr Frick als Kanzler ins Auge gefaßt haben sollte, so wird er vermutlich doch aus den erwähnten „außenpolitischen“ Zwangsläufigkeiten heraus zu Konzessionen bereit sein und möglicherweise auch Herrn Dr. Otto Geßler tolerieren.

Man wird über die ganze Angelegenheit in den nächsten Tagen noch viel sprechen müssen.

mal ein Risiko zu übernehmen, wie das, das er im Oktober 1917 in Rußland liquidieren mußte und ein Risiko wie das, dem am 13. Juni 1931, dem schwärzesten Tag der kapitalistischen Geschichte, in Deutschland mit knapper Not entgangen werden konnte.

Das kapitalistische System hat keinen Kredit mehr!

Und da der Kredit die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsform ist, kann ohne seine Wiederherstellung der kapitalistische Ausweg aus der Krise nicht gefunden werden.

Es wäre ein sehr großer Irrtum, zu meinen, daß das Schicksal des deutschen Proletariats auf Tod und Leben mit dem Schicksal des kapitalistischen Systems verbunden wäre. Der Zusammenbruch des Kapitalismus ist der Zusammenbruch einer Gesellschaftsordnung. Unberührt von ihm bleiben die Produktivkräfte der Gesellschaft selbst, die heute brachliegenden Produktivkräfte der menschlichen Arbeit und die aufgespeicherten Werte in Fabriken und Maschinen, die auch einer anderen, einer sinnvolleren Wirtschaftsordnung zu dienen vermögen. Das deutsche Proletariat ruft seinen Kapitalisten nicht zu: Seid vernünftig und rettet euch gegenseitig. Das deutsche Proletariat gibt keine Heilrezepte für den kranken Kapitalismus, sondern bemüht sich, die inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems immer deutlicher und krasser in Erscheinung treten zu lassen, so zu verstärken, daß für die Bourgeoisie ein Ausweg in ihrem Sinn und in ihrem Interesse nicht mehr gegeben ist.

Wir wissen, daß es

niemals ausweglose Situationen

gibt. Selbstverständlich kann man sich nicht vorstellen, daß eines Tages das deutsche Bürgertum vor die Arbeiter treten wird mit den Worten: Wir können nicht weiter. Nehmt uns die Last ab, die die Wirtschaft zu leiten und zu lenken. Die Bourgeoisie, die alles zu verlieren hat, die um ihre Klassenexistenz kämpft, kapituliert nicht freiwillig, sondern wird mit Zähnen und Klauen, wenn es nottut mit Gewalt, sich an der Macht zu halten versuchen, an jener Macht, die für sie das Recht auf die Ausbeutung der Arbeitskraft der Millionenmasse der Arbeiter bedeutet. Wenn sich aber zeigt, daß diese mit der Gewalt des Staates aufrechterhaltene Herrschaft der bürgerlichen Klasse zu einer immer grenzenloseren und immer unerträglicher werdenden Not des übergroßen Teiles des deutschen Volkes führen muß, wenn sich zeigt, daß diesem Verelendungsprozeß in der Spätzeit des kapitalistischen Systems sich ebensowenig die Arbeiter und Angestellten, wie Beamten und Mittelständler entziehen können, dann wird in diesen Massen die antikapitalistische Rebellion wach werden und eine Einheitsfront gegen die herrschenden Klassen entstehen, die in der Lage ist, sie aus dem Sattel zu heben.

Wenn trotz der nahezu hoffnungslosen Situation des deutschen Kapitalismus, trotz des Bestehens aller und jeder objektiven Voraussetzungen für die sozialistische Revolution diese Einheitsfront sich noch nicht gebildet hat, so ist es Schuld derjenigen sozialistischen Parteien, die im parteipatriotischen Interesse nicht in der Lage sind, den Bruderkampf innerhalb des Proletariats zu überwinden. Dann ist es auch die Schuld dieser Parteien, die nicht in der Lage sind, den Gedanken des Sozialismus in den Massen lebendig zu machen, und für die sozialistische Idee ihr Vertrauen zu gewinnen. Daß die wirtschaftliche Krise noch nicht umschlagen in die politische Krise, ist eine Folge davon, daß die Vertrauenskrise des Sozialismus noch nicht überwunden werden konnte.

Verständigung der Kapitalisten: das ist die Fortexistenz der Ausbeutung, der Dauerarbeitslosigkeit, der Not der Millionen.

Verständigung der Sozialisten: das ist der erste Schritt auf dem Wege aus der Krise, der erste Schritt zum Sozialismus.

## Der Sozialabbau-Minister

„Kein anderer Weg als vorübergehende Leistungskürzung der Sozialversicherung“

Berlin, 28. November.

In einer Berliner Zentrumsversammlung sprach am Freitag Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald über Lohn- und soziale Fragen.

Der staatliche Lohnschutz, so führte Stegerwald aus, könne während der größten Krisis eines Jahrhunderts den Arbeitern nicht verweigert werden, er müsse aber verstärkt an die Wirklichkeiten und das Leistungsvermögen einer kranken Wirtschaft Rücksicht nehmen.

Die Handhabung der Verbindlichkeitserklärungswaffe in den nächsten Jahren sei neben der Außenpolitik eine der schwierigsten staatspolitischen Aufgaben. Die Reichsregierung wolle aus guten Gründen den kollektiven Arbeitsvertrag erhalten wissen. Sie müsse darauf bestehen, daß die Gestaltung der Tarifverträge stärker den wirtschaftlichen Verhältnissen der Gegenwart und nächsten Zukunft angepaßt

und daß der Verständigungswille der Parteien nachdrücklich gestärkt werde.

Eine Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung sei gegenwärtig nicht möglich, da diese schon zwischen 22 und 34 Prozent des Grundlohnes betragen. Eine Erhöhung des Reichszuschusses sei nicht erreichbar. Es gebe

keinen anderen Weg, als organisatorische Vereinfachung und Verbilligung und vorübergehende Leistungskürzung.

# Der hessische Nazi-Krach

Gegen und für den Oberreichsanwalt / Bests „fehlgeleiteter Verantwortungswille“

## Hessen beschwert sich

Darmstadt, 27. November.

Die Erklärung des Oberreichsanwalts hat heute zu einem Schritt der hessischen Staatsregierung beim Reichskanzler geführt. Im Auftrag der hessischen Regierung, insbesondere des hessischen Innenministers, ist heute nachmittag der hessische Gesandte beim Reichsjustizminister und Reichskanzler vorgestellt worden wegen der Behandlung, die die Hochverratsangelegenheit des hessischen nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten und Amtsanwalts Dr. Best in formeller wie sachlicher Hinsicht durch den Oberreichsanwalt in der Presse erfahren hat.

Man darf annehmen, daß dabei auch auf die Stellungnahme des Oberreichsanwalts bei der entscheidenden Besprechung im preußischen Ministerium des Innern vor der Haussuchungsaktion hingewiesen wurde.

## Nazi-Frank beruft sich auf den Oberreichsanwalt

München, 28. November.

Der „Völkische Beobachter“ schreibt, bekanntlich habe der Oberreichsanwalt Dr. Werner öffentlich erklärt, daß die Haussuchungen in Hessen nicht auf seine Anordnungen hin erfolgt seien. Umgekehrt hätten die Polizeidirektoren in Hessen die Durchsuchung bei einer

Reihe von Mitgliedern der NSDAP mit der Behauptung begründet, daß sie auf Anweisung des Oberreichsanwalts erfolgt seien. Es sei also hier sichtlich die Autorität der höchsten staatsanwaltlichen Behörde des Reiches mißbraucht worden. Wie die Zeitung erfahre, werde Rechtsanwalt Dr. Frank als Vertreter der NSDAP wegen dieses Mißbrauches beim Reichsjustizminister Joel sowie beim Oberreichsanwalt Dr. Werner vorseprechen und gegen dieses Verfahren Einspruch erheben.

## „Bestialische“ Ausrede

CNB Darmstadt, 27. November.

Unter dem Titel „Mein Hochverrat“ veröffentlicht Dr. Werner Best eine längere Erklärung, in der er u. a. sagt: „Da mir bis heute, 27. November, weder durch eine Vernehmung noch auf andere Weise bekannt geworden ist, daß bei einer Reichs- oder Landesbehörde ein Verfahren gegen mich anhängig wäre, halte ich mich für befugt, öffentlich zu dem mir in einem Teil der deutsch gedruckten Presse gemachten Vorwurf des Hochverrats Stellung zu nehmen. Am Ende allen Geschreies und aller Aufregung wird die Erkenntnis stehen, daß zwei Minister auf einen Hochstapler hereingefallen sind, auf den wir hessischen Nationalsozialisten ebenfalls hereingefallen sind.“

Der Artikel bewegt sich dann in den Gedankengängen, die Dr. Best bereits gestern über die Entstehung des Dokuments zum Ausdruck gebracht hat. Dann heißt es weiter: „Der Inhalt der von mir entworfenen Richtlinien hat mit dem Nationalsozialismus und seinen Problemen nicht das geringste zu tun. Es handelt sich um den Vorschlag von Notmaßnahmen, durch die in einem dem roten Terror entrissenen Not-

und Hungergebiet die Sicherheit und das nackte Leben der Bevölkerung für die erste Zeit sichergestellt werden sollen. Ueber den Inhalt meiner Vorschläge und über ihre Zweckmäßigkeit läßt sich streiten; daß darüber gestritten werde, war ja auch der Zweck ihrer Niederschrift. Der Artikel schließt mit der Erklärung des Verfassers, daß er keinen Hochverrat begangen oder auch nur beabsichtigt habe, und daß er nicht als verantwortungslastiger Hasardeur, sondern aus einem vielleicht fehlgeleiteten Verantwortungswillen gehandelt habe.

## Das Braune Haus durchsucht

München, 27. November.

Im Zusammenhang mit einer Veröffentlichung der sozialdemokratischen „Münchener Post“ hat die Münchener Polizei am Freitagabend im Braunen Hause eine Haussuchung vorgenommen. Die Pressestelle bei der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gibt darüber eine Erklärung ab. Die in Nr. 273 der „Münchener Post“ vom 25. November mit einer unerhörten Hetze gegen die nationalsozialistischen Führer abgedruckte „Mordliste“, die wir bereits als eine gemeine Fälschung kennzeichneten, hat der Münchener Polizei am Freitagabend Veranlassung zu einer Durchsuchung im Braunen Hause gegeben.

Die Nazis behaupten dann, die „Mordliste“ sei von einem ihnen namentlich bekannten Prokurator gefälscht. Nach den Erfahrungen, die die Öffentlichkeit mit ihren völlig analogen ersten Erklärungen zu dem Dokument Best gemacht, wird auch die neueste Erklärung des Braunen Hauses als Ausrede angesehen werden müssen.

# Eine zahme Kundgebung

Die Liga für Menschenrechte gegen das Reichsgerichtsurteil — Carl von Ossietzky für rote Einheitsfront

Der Protestkundgebung, die die Deutsche Liga für Menschenrechte am Freitag in überfüllten Bach-Saal in Berlin abhielt, fehlte bei aller Empörung, die aus dem Auditorium immer wieder gegen die Tribüne schlug, doch der letzte mitreißende Elan. Es wurde nicht deutlich, sicherlich nicht deutlich aus den Ansprachen der Redner, daß man sich hier versammelt hatte zu einer Stunde, in die hinein schon der schwarze Flügelschatten des nahenden Faschismus fällt. An diesem Mißverhältnis, das zwischen der Stimmung der Liga-Anhänger im Saal und den Reden von der Tribüne her waltete, trägt die veranstaltende Gruppe selbst die Schuld. Die Auswahl der Redner war denkbar unbefriedigend getroffen worden. Republikanische Barden wie Schönlanke wirken in solcher Stunde nur lächerlich. Manfred Georgs Bekanntheit zu dem Freunde Ossietzky — so schön und so verständlich es immer sein mochte — wußte doch nicht den Weg zu zeigen, den die bedrohten Kämpfer für Menschenrechte gehen müssen. Diesen Weg hat von allen Rednern nur der eine gewiesen, dem die sozialdemokratisch geleitete Polizei das Auftreten untersagt hatte: Carl von Ossietzky, von dem ein Brief verlesen wurde. Er forderte zur Bildung der

Roten Einheitsfront

auf. Der Liga und der ganzen bürgerlichen Linken fehlt der zündende Volksredner, den zum Beispiel das bürgerliche Radikalentum Frankreichs in seiner ersten Stunde fand, als um 1889 General Boulanger, der sicherlich nicht mit der Schießbudenfigur des schönen Adolf vergleichbar ist, zum letzten entscheidenden Schlag gegen die Republik ausholte. In Massenversammlungen rief die von Georges Clemenceau und Arthur Ranc zur Niederkämpfung der Boulange begründete französische Liga zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte das Volk von Frankreich nicht zur Abwehr bloß, sondern zum Angriff auf, und der große Clemenceau hielt im Cirkus Fernando seine berühmte Rede gegen den Volksverführer. Das radikale französische Bürgertum hatte sich eben seinerzeit nicht selbst aufgegeben, wie die Deutsche Liga es gestern tat, die verkündete ließ, alles sei verloren; hier stehe die letzte Kompanie der deutschen Republikaner vor dem Zusammenbruch.

Rechtsanwalt Apfel, einer der Verteidiger aus dem Leipziger Prozeß, erklärte, sich genau an das Schweigegebot halten zu wollen, von dem der Senat verkündet hatte, es müsse der Verteidigung überlassen bleiben, die Grenze heraus zu fühlen, die sie respektieren müßten.

Apfel schloß mit einer Reihe von Forderungen, die nur illusionär genannt werden können: der Reichstag möge das Prozeßmaterial prüfen; die Hoch- und Landesverrats-Rechtsprechung möge der alleinigen Judikatur des Vierten Strafsenats entzogen werden, dessen Urteile überdies sämtlich nachgeprüft werden sollten und ferner solle Vorsorge getroffen werden, daß Militärs „nie allein“ in die Lage kämen, sich sachverständig über sogenannte „militärische Notwendigkeiten“ zu äußern.

Rudolf Olden, Rechtsanwalt und Redakteur am „Berliner Tageblatt“, beklagte die schweren außenpolitischen Schäden für das Reich, die dieser Prozeß hervorgerufen habe; rügte, daß das amtliche WT B, das aus Steuergeldern gespeist werde, keine Zeile der bösen ausländischen Presseurteile wiedergegeben habe und schloß mit der Befürchtung, daß dem deutschen Bürgertum in nicht allzu ferner Zeit, wenn sich auf der Abrüstungskonferenz und auf anderen internationalen Kongressen die Einheitsfront der früheren Kriegsgegner gegen Deutschland wieder bilden werde, der Schreckensschrei wieder tönen werde, den am 2. Oktober 1918, nach dem die Katastrophe an der Front enthüllenden Vortrag des Majors von dem Busche vor den führenden Abgeordneten der Nationalist Gustav Stresemann von sich ließ: „Wir sind belogen und betrogen worden!“

# Die Nazis für den Großgrundbesitz

Drei Reichstagsabgeordnete zu der NSDAP übergetreten

TU. Weimar 26. November.

Die Gauleitung der NSDAP Weimar teilt mit:

Wie wir zuverlässig erfahren, hat der Direktor des Reichslandbundes, von Sybel, am 26. November seinen Uebertritt zur NSDAP erklärt. Auch der Direktor des Mecklenburgischen Landbundes, Dr. Wendhausen, M.d.R., und Landwirt Sieber, M.d.R., beide führende Mitglieder der Reichstagsfraktion der Landvolkpartei, sind zur NSDAP übergetreten.

Dem Schritt der drei Landbundführer, von denen zwei Mitglieder des Reichstags sind, kommt große Bedeutung zu. Er beweist, woran schon nach dem Ausfall der Landwirtschaftskammerwahlen in Brandenburg kaum noch Zweifel bestanden, daß die Radikalisierung der Landbevölkerung derart weit vorgeschritten ist, daß die Landbundführung, in der ausschließlich der Großgrundbesitz tonangebend ist, sich selbst aufgibt, um wenigstens — wenn schon nicht den politischen, so doch — den wirtschaftlichen Einfluß zu retten.

Der Landbund wird bald am Ende des Zertrümmerungsprozesses angelangt sein, dem er durch die trotz aller Subventionen, gleich welcher Firmierung, sich stetig verschärfende Agrarkrise in Deutschland weit stärker als durch die direkte Einwirkung der nationalsozialistischen Agitation unterworfen wurde.

Der Uebergang zu den Nazis stellt für diese Kreise den rettenden Ausweg dar. Die Nationalsozialistische Partei ist nämlich keineswegs gegen den Großgrundbesitz. Das ist zum Beispiel durch das Rundschreiben erwiesen, das Herr Friedrich Botho Fürst zu Eulenburg-Hertefeld, der Sohn und Erbe des berühmten Kaiserfreundes, vor etwa Jahresfrist an seine Standesgenossen richtete, um ihnen nach einer Unterredung mit Adolf Hitler mitzuteilen, daß die Nazis den ostelbischen Großgrundbesitz nicht antasten würden.

Die kleinen Bauern und landlosen Arbeiter, die jetzt in hellen Haufen der Hitlerpartei zu-

Am Büchertisch der Liga wurde eine Broschüre verkauft: „Versailles“, herausgegeben mit Unterstützung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände vom „Genossen“ Karl Bröger. Ein nationalistisches Machwerk, dessen Gesinnung nicht zuletzt zum Wachsen der Nazipest beigetragen hat. So hilft die Liga, die Früchte säen, deren Blütenpracht sie mit unzulänglichen „Mitteln“ bekämpft.

Charakteristisch war übrigens, daß keine Reden gehalten wurden, sondern jeder der Redner sein Manuskript vorlas. Diese Vorsicht war auf die Sorge wegen strafrechtlicher Folgen zurückzuführen. In Anbetracht des Umstands, daß ja der Herr vom Polizeipräsidentium mit einer Stenotypistin erschienen war, die das Protokoll der Kundgebung führte, war die Vorsicht doch wohl unbegründet.

laufen, werden also auch in diesem Fall die Betrogenen sein.

## Belagerungszustand in Thüringen

Weimar, 27. November.

Durch Landespolizeiverordnung sind in Thüringen alle Aufzüge und Umzüge, sowie alle Versammlungen unter freiem Himmel in der Zeit von 17 bis 7 Uhr verboten worden. Das Verbot tritt am 1. Dezember in Kraft und ist zunächst bis zum 29. Februar 1932 befristet.

## Angekommen!

Zörgiebel Dortmunder Polizeipräsident

Das preußische Staatsministerium hat beschlossen, den früheren Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel als Nachfolger des verstorbenen Polizeipräsidenten Lübbring zum Chef der Dortmunder Polizei zu ernennen.

## Habsburgputsch?

Der „Vossischen Zeitung“ wird aus Wien gemeldet:

In Budapest wurden in der vergangenen Nacht mehrere legitime Führer verhaftet. Wie wir aus einer diplomatischen Quelle erfahren, hat man den Beweis gefunden, daß ein Habsburger Putsch vorbereitet wurde. Es sollen sich unter den in Haft befindlichen hochgestellten Aristokraten befinden. Das Ereignis sei als durchaus ernst zu betrachten.

## Arbeitslosentumulte

In den drei Stadtteilen Londons, in Shepherd-Bush, Walham Green und Camden Town, kam es vor den Arbeitsämtern zu Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und Polizei, wobei Milchflaschen und Ziegel von den Arbeitslosen auf die Polizisten geworfen wurden.

# Die deutsche Novemberrevolution

Von Georg Ledebour

14. Fortsetzung

15. Wie er zu den Januar-Kämpfen kam Ebert zog aus der Niederlage seiner Truppen die Schlußfolgerung, daß vorläufig zur Verwirklichung seiner anti-revolutionären Pläne nichts zu machen sei. Es liegt von ihm die Aeußerung vor: Ich lege mich jetzt einige Tage schlafen! Untätig ist er aber keineswegs geblieben. Es wurde alles aufgeboten, um in der Umgegend von Berlin Truppen zusammenzuziehen, stark genug, um die revolutionären Kräfte in Berlin überwältigen zu können. Auch Freikorps wurden zu dem Zweck gebildet.

In den Röt der Volksbeauftragten traten an Stelle der ausgeschiedenen Unabhängigen die Sozialdemokraten Gustav Noske und Wissel. Zur Leitung des Heerwesens hatte sich Ebert seinen geistesverwandten Kollegen Noske auserkoren. In zutreffender Erkenntnis dessen, was von ihm erwartet wurde, trat er sein Amt an mit den Worten: „Einer muß der Bluthund sein.“

Auch wir revolutionären Sozialisten waren uns vollkommen klar darüber, was uns bevorstand. Vor allem kam es nunmehr darauf an, die Revolutionärgesinnnten zusammenzufassen. Trotz all der üblen Erfahrungen, die wir mit den Spartakisten gemacht hatten, habe ich mich immer wieder bemüht, zu einem festen Bündnis mit ihnen zu kommen. Ein neuer Vorstoß der Machthaber führte denn auch den Zusammenschluß der Organisation der Revolutionären Obleute und der Organisation Berlin der USP mit dem Spartacus-Bund, der sich am 31. Dezember als Kommunistische Partei aufgetan hatte, wirklich herbei.

Die letzte Staatsstellung von Wichtigkeit in den Händen der Revolutionäre war das Polizeipräsidium in Berlin. Vertragsgemäß lag dessen Besetzung in den Händen unsrer Berliner Organisation. Sie hatte denn auch unsren Parteigenossen Emil Eichhorn als Polizeipräsidenten eingesetzt. Er war Ebert und seinen Freunden ein Dorn im Auge. Als sie nun glaubten, genügend Truppen zu unserer Niederwerfung zur Hand zu haben, erklärten die Machthaber unter fadenscheinigen Vorwänden Eichhorn für abgesetzt und ernannten an seiner Stelle den Sozialdemokraten Eugen Ernst zum Polizeipräsidenten von Berlin. Als Ernst im Polizeipräsidium anrückte und Eichhorn zur Uebergabe seines Amtes aufforderte, lehnte dieser im Einverständnis mit uns das ab. Eugen Ernst hat später einmal offen eingestanden, daß dieses ganze widerrechtliche Absetzungsmanöver inszeniert wurde, um einen Konflikt zu provozieren, der den Machthabern die Niederwerfung der revolutionären Arbeiterschaft in Berlin ermöglichen würde.

Die Empörung unserer Genossen war groß und allgemein. Wir forderten deshalb auf zu einer Massenkundgebung, um das Proletariat Berlins vor die Frage zu stellen, ob es so etwas dulden, oder Widerstand leisten wolle. Ein Demonstrationzug sollte von der Siegessäle aus, wo Karl Liebknecht zu sprechen hatte, zum Polizeipräsidium ziehen, wo ich vom Balkon aus in einer Ansprache die Genossen vor die Frage zu stellen hatte, ob sie Widerstand leisten wollten oder nicht. Das geschah. Allgemeine donnernde Zustimmung bejahte die Frage. Außer mir sprachen aber noch im gleichen Sinne dann Eichhorn, Liebknecht und Däumig. Abends fand zur Beschlußfassung über weitere Maßnahmen eine Sitzung der Revolutionären Obleute statt, zu der der Kommunistische Parteivorstand und der Vorstand der USP-Berlin zugezogen waren. Nunmehr erhob Däumig Ein-

spruch gegen einen bewaffneten Widerstand, da militärisch der Erfolg nicht genügend gesichert sei. Zwischen ihm auf der einen, Liebknecht und Pieck auf der andern Seite entspann sich nun eine langwierige Debatte über diese Frage. Die beiden Kommunisten versicherten, von auswärts, besonders aus Spandau ständen uns militärische Zuzüge in Aussicht. Ich habe mich an dieser Debatte gar nicht beteiligt, da ich über diese militärischen Streitfragen kein Urteil hatte. Ich sagte mir aber: nachdem wir die Arbeiter vor die Frage gestellt hatten, ob sie Widerstand leisten wollten oder nicht, sie aber einstimmig erklärt hatten, sie seien zum Widerstand entschlossen, können wir unmöglich jetzt uns dagegen erklären. Wir müssen mitmachen, geht es auch um Kopf und Kragen!

Als deshalb auch die Genossen Luise Zietz und Paul Brühl namens der Organisation der USP-Berlin sich für den Widerstand erklärt hat-

ten, nahm ich nur das Wort zu der kurzen Erklärung: „Es geht nicht, daß wir hier die Zeit mit endlosen Debatten vertrödeln. Wir müssen uns sofort entscheiden: Ja oder Nein!“

Die Abstimmung ergab Bejahung des Widerstandes gegen wenige Stimmen. Däumig und Richard Müller erklärten darauf, daß sie nicht mitmachen würden. Es ging ihnen das Gefühl dafür ab, daß wer von uns vor dieser Abendsitzung nicht gegen einen Widerstand öffentlich aufgetreten war, nunmehr aus Solidarität mitmachen mußte, auch wenn ihm die Sache höchst gefährlich erschien. Zur Leitung des Revolutions-Ausschusses, der alle Anwesenden umfaßte, schlug der kommunistische Genosse Pieck mit einer kurzen, warmen Empfehlung Ledebour und Liebknecht vor. Mit der Begründung, daß, da wie eine engere Leitung sein sollten, eine gleiche Anzahl unverschiedenartig bei eventuellen Meinungsverschiedenheiten, beantragte ich, noch den damaligen Vorsitzen-

den der Revolutionären Obleute, den Genossen Paul Scholze, hinzuzunehmen. Damit seien auch alle drei beteiligten Körperschaften, die USP, die Kommunisten und die Revolutionären Obleute vertreten. Dem wurde zugestimmt. Die Leitung bestand also aus Georg Ledebour, Karl Liebknecht und Paul Scholze.

Von einigen an der Beratung teilnehmenden Soldatenvertretern wurde nunmehr der Wunsch ausgesprochen, ich möchte am folgenden Vormittag in einer Kaserne in der Köpenicker Straße den Versuch machen, die Soldaten für uns zu gewinnen. Als ich einwandte, sie möchten doch lieber den jüngeren Karl Liebknecht dazu nehmen, lehnten sie das ab mit der Begründung, daß sie glaubten, nur ich allein hatte genügenden Einfluß auf die Soldaten, um sie zum Anschluß an die revolutionäre Sache bewegen zu können. Ich sagte dann zu. Damit gingen wir spät nachts auseinander.

## Wie lebt das Proletariat?

Wachsende Proletarisierung der Angestellten / Statistische Erhebungen über das Elend des Industrieproletariats

Notverordnungen, Lohnraub, Abbau der Unterstützungssätze -- das sind die Tageserscheinungen, die nicht nur in der großen Politik eine Rolle spielt, sondern in das Leben jedes einzelnen Proletariats tief eingreifen. Bürgerliche Wissenschaftler greifen neuerdings wieder auf eine Theorie zurück, die sie im Kriege mit Erfolg angewandt haben: die Massen leben zu gut, sie essen zu viel, und das ist ungesund. Je enger der Hungerriemen, desto geringer die Gefahr der allzu hohen Ansprüche.

Uns liegen zwei Veröffentlichungen vor, die auf Grund von Erhebungen einen Einblick in die Lebenshaltung des Proletariats vermitteln, einen Blick in den Kochtopf der Proletariatsfamilie gestatten. Der Afa-Bund hat auf der Grundlage von 155 Haushaltsbüchern, die seine Mitglieder jahrelang geführt haben, in einer kleinen Schrift: „Was verbrauchen die Angestellten?“ (Freier Volksverlag Berlin), wertvolles Material gesammelt und herausgegeben. Diese Erhebungen können nicht als typisch angesehen werden, denn der mühevollen Arbeit des genauen Bücherführens haben sich naturgemäß nur die höher bezahlten und aufgeklärteren Angestellten unterzogen, die ein Interesse daran haben, durch die Darstellung ihrer eigenen Lebensverhältnisse ihren Klassengenossen zu helfen. Trotzdem aber beweist diese Schrift, wie unzureichend die Lebenshaltung auch dieser relativ gut lebenden Proletarier noch ist. Zwar reicht das zugrunde gelegte Durchschnittseinkommen von 400 Mark für die Angestelltenfamilie zur ausreichenden Ernährung, Wohnung und Kleidung aus, der Kulturbedarf ist aber nahezu gestrichen.

Auch in den besser situierten Angestelltenfamilien zeigt der Küchensettel

die typischen Merkmale des Proletariats-haushalts.

Fleisch, das zwar den höchsten Anteil an den Ausgaben ausmacht, kommt nur an 3 Tagen der Woche auf den Tisch, der Verbrauch an Brot ist verhältnismäßig außerordentlich hoch, die Ausgaben für Gemüse sind so gering, daß sie im Durchschnitt nur auf die billigsten Sorten, vor allem auf Kohl, entfallen können, Konserven werden, weil sie unerschwinglich sind, kaum gekauft. An zweiter Stelle hinter den Ausgaben für Ernährung, stehen die Aufwendungen für die Wohnungsmiete. Obwohl sie verhältnismäßig hoch sind, lassen die Wohnungen der Angestellten viel zu wünschen übrig. Weniger als die Hälfte der befragten Familien verfügt über ein Bad, 18 Prozent der Familien haben keine elektrische Beleuchtung, die Zentralheizung gehört zu den äußersten Seltenheiten. Auffallend gering ist der Einkommensanteil, der auf Kleidung verwandt wird. Die weitverbreitete Vorstellung, daß der „Stehkragenproletarier“ einen großen Teil seines Einkommens auf die Kleidung verwendet, ist falsch. Im Gegenteil zeigt sich, daß der Arbeiter, dessen Kleidung weit stärker dem Verschleiß ausgesetzt ist, einen relativ höheren Teil seines Einkommens darauf verwendet.

Aus technischen Gründen mußte die Schrift leider abgeschlossen werden, bevor die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit und des Gehaltsabbaus voll berücksichtigt werden konnten. Trotzdem zeigen sich die verheerenden Folgen der Wirtschaftskrise für den Angestelltenhaushalt schon in erschreckender Weise. In den beiden berücksichtigten Gruppen, in denen das Gehalt um 14,9 bzw. um 27,7 Proz. gekürzt wurde, zeigt sich eine

völlige Veränderung der bisherigen Haushaltsführung.

Alle Ausgaben wurden so weit reduziert, daß z. B. die Anschaffung von einem Paar Schuhe 10 Prozent der Gesamtausgaben ausmacht und den ganzen Etat über den Haufen wirft. Der Kulturbedarf fällt völlig aus, denn wenn von einem Einkommen von 170 Mark noch 0,87 Mark für Theater und Kino, 42 Mark für Erholung und Sport übrig bleiben, dann kann davon im Ernst nicht mehr die Rede sein.

Eine wertvolle Ergänzung zu dieser wichtigen Schrift des Afa-Bundes bildet eine Arbeit über die „Veränderungen in der Lebenshaltung der Industrie-Arbeiterschaft während der Krise 1930/31“, die in Heft 3 der Wirtschaftskurve der „Frankfurter Zeitung“ erschienen ist. Sie füllt die Lücken aus, die die Schrift des Afa-Bundes offen läßt. Wie stark sich das Lebensniveau der Arbeiterfamilien in der Krise verändert hat, geht aus einer Feststellung über die Lebenshaltung der Metallarbeiter hervor,

die gegenüber der Vorkriegszeit einen Lebenshaltungsverlust von 70 Prozent erlitten haben.

Einer Familie, die über die notwendigsten Ausgaben für Lebensmittel und Miete hinaus noch über 700 Mark im Jahre verfügte, bleiben heute noch 200 Mark!

Das deprimierendste an diesen Feststellungen aber bildet die Tatsache, daß die Arbeiterschaft noch nicht am Ende ihres Leidensweges angelangt ist. Neue Notverordnungen, neuer Lohn- und Gehaltsraub steht unmittelbar bevor. Und trotz ihren eigenen Erhebungen haben die Gewerkschaften und mit ihnen die Sozialdemokratische Partei im Wirtschaftsbeitr keine Einspruch gegen diese neuen Belastungen der Arbeiterfamilien erhoben. Die Verelendung schreitet fort, ohne daß ihr energisch ein Damm entgegengesetzt wird. Die Frauen und Mütter, die ihre Familien vor dem völligen Ruin bewahren wollen, können nur in der SAP den Kampf um ihre Lebensrechte führen. Dora Fabian.

Ein Vortrag Samoilowitschs:

## Rote Kulturarbeit in der Arktis

Auf Einladung der Ifa (Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur) sprach im Berliner Lehrervereinshaus der berühmte russische Polarforscher Prof. Samoilowitsch. Schon vor 20 Jahren hat S. eine Polarexpedition mit einem Segelschiff unternommen, die aber schon frühzeitig, noch vor Spitzbergen, ein Ende infolge unüberwindbarer Stürme fand. Indessen schritt die Technik fort, und namentlich die Sowjetunion hat durch den Bau mächtiger Eisbrecher viel zur Erschließung der arktischen Regionen beigetragen. Prof. Samoilowitsch wurde bekanntlich Führer der Rettungsexpedition des Eisbrechers „Krasin“ zur Bergung der mißlungenen Nobile-Fahrt nach dem Nordpol und rettete nicht nur neun Mann der Nobile-Besatzung, sondern auch die Besatzung des in Seenot befindlichen deutschen Touristendampfers „Monte Cervantes“. Später machte er die Zeppelfahrt Dr. Eckeners nach dem Franz-Josefs-Land mit. Beide Expeditionen werden sehr anschaulich mit vielen lustigen Anekdoten an Hand von Lichtbildern geschildert. Prof. Samoilowitsch hat aber (und dies war der interessanteste Teil seines Vortrags) nicht versäumt, auf die bedeutenden Errungenschaften hinzuweisen, die dank der eifrigen Förderung der Sowjetregierung in den Regionen des hohen Nordens erreicht wurden. So hat die Sowjetregierung auf Franz-Josefs-Land ein Observatorium errichtet. Eine große Anzahl von Radiostationen erleichtert die Expeditionen in die Arktis. Dr. Eckener hat erklärt, daß ohne die Hilfe der Sowjetregierung seine Expedition unmöglich gewesen wäre. Im nördlichsten Sibirien hat die Sowjetregierung an einer Stelle, wo nur wenige Nomaden hausten, eine Stadt errichtet, die heute 20 000 Einwohner zählt. Die Insel Nowaja-Semlja wird gegenwärtig auf ihren Kupferreichtum ausgebeutet. Die Jagdbeute des nördlichen Sibirien an Fellen wird heute schon mit Erfolg durch Flugzeuge auf den Markt gebracht, während der normale Transportweg über zwei Jahre dauerte. Die Sowjetunion hat nicht nur einen wirtschaftlichen, sondern auch einen arktischen

Fünfjahresplan. In diesem werden zwei große Polarexpeditionen geplant, die zusammen 5 Millionen Mark verschlingen, die eine von Archangelsk bis Wladivostock an der ganzen sibirischen Küste entlang, die andere eine Nordpolarexpedition des „Krasin“. Zum Verkehrsknotenpunkt aller arktischen Unternehmungen hat sich Archangelsk, der nördlichste Hafen der Welt, entwickelt; die Stadt hatte kurz nach der Revolution 50 000 Einwohner, heute zählt sie nicht nur 75 000 Einwohner, sondern hat auch eine bedeutende industrielle Entwicklung genommen. So gewinnen die arktischen Unternehmungen auch größere wirtschaftliche Bedeutung. Walter Ehrmann.

„Was weiß Korinek?“

CNB Wiesbaden, 27. November.

Die Verfasser des Stückes „Was weiß Korinek?“, Rechtsanwalt Dr. Rosenthal und Dipl.-Ing. Josef, bitten um Veröffentlichung einer Mitteilung, in der es u. a. heißt: Hinsichtlich der in der Presse verbreiteten Meldungen über das Stück „Was weiß Korinek?“ legen wir Wert darauf, festzustellen, daß unser Stück nachweislich im Dezember 1929 und Januar 1930 vollendet wurde. Sowohl diese Zeit des Stückes als auch der Titel und der Inhalt beweisen, daß es uns fern gelegen hat, ein Sensationsstück zu schreiben. Daß die Annahme des Stückes am hiesigen Staatstheater zeitlich mit dem Prozeß Sklarek zusammenfällt, beruht lediglich auf einem Zufall.

Protest amerikanischer Arbeitsloser

New York, 27. November.

Wie aus Washington gemeldet wird, fand am Freitag vor dem Weißen Haus eine große kommunistische Kundgebung statt, wobei 13 Personen verhaftet wurden. Dem Präsidenten Hoover und der amerikanischen Regierung wurde auf Riesenplakaten die Vernachlässigung der Arbeitslosen vorgeworfen.

### Geständnis eines Mörders

Köln, 27. November.

Der vor einigen Tagen in Bittburg in der Eifel verhaftete Landwirt Johann Reuter hat am Freitag eingestanden, am 28. Oktober dieses Jahres die Maria Weber aus Niederweiler ermordet zu haben. Damals war die Getötete erst einige Tage nach der Tat aufgefund worden, so daß die Ermittlungen kein Ergebnis hatten. Reuter legte das Geständnis gegenüber einem Polizeibeamten während der Ueberführung ins Amtsgefängnis ab.

### Zwei Frauen durch Gas vergiftet

Castrop-Rauxel, 27. November.

Im Stadtteil Obercastrop wurden heute früh in ihrer Wohnung die Witwe Tenges und die bei ihr zu Besuch weilende Frau Reinhartz aus Herne-Holthausen im Badezimmer tot aufgefunden. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergaben, liegt ein Unglücksfall vor. Die Frauen hatten Kohlenoxydgase, die aus einem Ofen entströmten, eingeatmet.

# Kreditkrise

# Währungskrise

Mit sichtlichem Aufatmen registriert die bürgerliche Wirtschaftspresse, soweit ihre Redakteure noch nicht im Vorgefühl des Dritten Reichs schwelgen und also noch auf dem Boden der gewiß unschönen Wirklichkeit stehen, daß der Wirtschaftsbeirat sich einmütig zur Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Währung bekannt hat. In den Leitsätzen, die Brüning als Zusammenfassung der „wertvollen Anregungen“ dieses inzwischen wohl für immer entschlafenen Gremiums mit der nur allzu angebrachten Vorsicht aufgestellt hat, kehrt diese Beteuerung sogar gleich zweimal wieder, und als ob dies noch nicht genüge, hat der Reichsbankpräsident Dr. Luther die Einmütigkeit des Wirtschaftsbeirates in diesem Punkt noch einmal in der historischen Aufbruchsituation mit großem Nachdruck unterstrichen. Luther ging hierbei sogar noch einen Schritt weiter und fügte im Gegensatz zu dem Wirtschaftsbeirat, soweit wenigstens Brüning als dessen Sprecher fungierte, auch die Gründe für die Notwendigkeit der Währungs-Aufrechterhaltung hinzu. „Von der Währung her“ — also die weise Erkenntnis des Reichsbankpräsidenten — „oder mit Mitteln der Kreditpolitik kann über das hinaus, was bereits geschieht, ein Anstoß zur Belebung der Wirtschaft nicht gegeben werden.“

## Die Botschaft hör' ich wohl . . .

Indem die herrschende Klasse in Deutschland heute auf die Anwendung der Inflations-spritze verzichtet, schlägt sie nach Luther also nur ein undienliches und zweckloses Mittel aus. Diese Argumentation ist auch einleuchtend. In der Tat wäre der Gewinn, der einer Währungsentwertung in Deutschland entspränge, recht illusionär. Einmal hat die Inflation der Nachkriegsjahre schon eine radikale Aufräumungsarbeit zugunsten der Schuldner und zu Lasten der Gläubiger verrichtet, und zum andern steht der deutschen Kapitalistenklasse in der Schlichtungs- und Notverordnungs-maschinerie ein präzise genug funktionierendes Mittel zur Verfügung, um die Löhne und Gehälter auch unter Umgehung einer Inflation auf jedes gewünschte Niveau zu senken. Das besagt nun nicht, daß in Deutschland überhaupt niemand ein Interesse an einer Inflation habe. Eine Reihe großer und größter Konzerne steht bei Banken und Privaten tief in der Kreide, die bei einer Inflation rasch verblasen würde. Ihnen käme eine Geldentwertung äußerst gelegen, und man darf darum annehmen, daß trotz der Einmütigkeit im Wirtschaftsbeirat nicht für alle und für allezeit die Inflationswünsche verstummt sind.

## England als Warnung

Schließlich kommt es ja auch in diesem Betracht gar nicht darauf an, was man wünscht und was man nicht wünscht, sondern ob man in der Lage ist, das Gewünschte zu erfüllen und das Ungewünschte zu vermeiden. Beispielsweise hat es England nicht an allen erdenklichen Mühen fehlen lassen, um den Goldstandard und damit die Währungsstabilität aufrechtzuerhalten. Es war der stärkste Trumpf, den MacDonald ausspielte, um den plötzlichen Abbruch des Labour-Kabinetts und die ebenso plötzliche Aufrichtung der „nationalen Regierung“ vor der Öffentlichkeit plausibel zu machen, daß er auf die Katastrophe hinwies, in die eine Pfundentwertung England schleudern würde. Dennoch trat das Ereignis ein. Und wieder war es eine gerade von MacDonald mit leidenschaftlicher Glut — wenn auch an Hand kläglichlicher Mittelchen und Mätzchen — in den Wahlkampf geschleuderte Parole, daß das Pfund stabilisiert werden müsse, ohne daß dies England bisher gelungen ist. Die Geldentwertung ist eben nicht etwas rein von Willen und Unwillen Abhängiges, am wenigsten inmitten einer Krise von solchem Ausmaß und von solcher Internationalität wie der gegenwärtigen. Denn so locker auch immer der Grund ist, auf dem sich das Gebäude der kapitalistischen Weltwirtschaft erhebt, so eng ist doch das Schicksal jedes einzelnen Landes mit dem Weltchicksal verknüpft. Kein einziger Staat steht mehr auf sich allein. Jeder fußt auf den Schultern anderer, und geben diese nach, so kommen allesamt ins Rutschen.

## Der Weg der Weltkrise

Der Weg der Weltkrise ist hierfür ein eindeutiger Beweis. Die schon seit Jahren latente Agrarkrise der Uebersee wälzte sich auf die Industrie fort, deren Erschütterung zuerst der New Yorker Börsenkrach signalisierte. Kapitalverluste und Kreditstockungen in Amerika rissen in ihrer Folge die europäischen Länder in den Strudel, wobei die schwächsten zuerst an die Reihe kamen. Die nächste große Erschütterung erfolgte in Oesterreich durch den Zusammenbruch der Oesterreichischen Kreditanstalt. Mit ihr kam wieder die Banken- und Kreditkrise in die Welt, die nun den umgekehrten Weg einschlug wie die Industriekrise, indem sie von Wien — wir beschränken uns auf die Nennung der großen Etappen — über Berlin, London nach New York schritt. Niemand wird behaupten wollen, daß es an Anstrengungen gefehlt habe, diesen neuen großen Weltbrand zu löschen, aber auch niemand, daß das Werk

gelungen sei. Die Kreditkrise wütet vielmehr nach wie vor, nur daß sie etwas verdeckt ist.

## Kredit und Währung

Vom Gefüge des Kredits führt nun ein schnurgerader Weg zu dem Gefüge der Währungen. Alle Länder stehen mit- und zueinander in einem Kreditverhältnis, wobei man die Welt in Schuldner- und Gläubigerländer aufteilen kann. Das ist keineswegs nur das Resultat der kapitalistischen Friedensverträge mit ihren den Besiegtenstaaten auferlegten Reparationen, sondern diese Beziehungen haben sich noch ungleich mehr aus dem rein kommerziellen Verkehr ergeben. Sehen nun die Gläubigerstaaten ihre Kapitalanlagen im Ausland gefährdet, so setzt sofort deren Rückwanderung ein. Die Leih-Kapitalien setzen sich in Marsch, und auch die Privaten der betreffenden Länder ergreifen mit ihren Kapitalien die Flucht und suchen größere Sicherheit bietende Punkte auf, wenn nicht gar — wie dies heute der Fall ist — Strickstrumpf und Truhe fröhliche Urständ feiern. Mit den Kapitalabwanderungen werden plötzlich die Zahlungsbilanzen der einzelnen Staaten über den Haufen geworfen. Die Länder, die von der Kapitalflucht betroffen werden, laufen Gefahr, daß ihre Währungen infolge des eintretenden großen Angebots an den Weltbörsen unterbewertet werden. Einen Schutz hiergegen bildet nur die Ausfuhr von Gold, aber es ist klar, daß dessen Bestände in den von der Kreditkrise heimgesuchten Ländern sich eines Tages erschöpfen müssen und diese auch die Golddeckung ihrer Währungen nicht mehr aufrecht erhalten können.

## Internationale Weltwährungs-krise

So war es nur logisch, daß die Kreditkrise schon nach ihrem ersten Auftreten in einer Reihe von Ländern sofort in eine Währungs-krise umschlug, wobei der Sturz des englischen Pfundes wohl das weit-hin alarmierendste, keineswegs aber das einzige Ereignis dieser Art war. Die Erschütterung des englischen Pfundes griff zunächst auf alle Währungen sämtlicher englischer Dominien über, um schon wenige Tage später auch die Währungen der skandinavischen Länder in den Absturz einzubeziehen. Dann folgten in kurzen Abständen die Währungen von Portugal, Island, Argentinien, Bolivien, Columbien, Ecuador, Venezuela und Siam, und selbst die Lira des faschistischen Italien erlitt für einen Tag einen fühlbaren Rückschlag. Eine Reihe anderer Währungen war diesen Weg aber schon vor dem englischen Pfund gegangen, so daß schon heute die Zahl der zerrütteten Währungen die der stabilen übertrifft.

Keine Täuschung indessen: wirklicher und unanfechtbarer Stabilität erfreuen sich nur die allerwenigsten Währungen. Soweit diese noch nicht ins Rutschen gekommen sind, verdanken sie es zumeist außergewöhnlich drastischen Eingriffen in den internationalen Zahlungsverkehr. Den Vogel haben hierbei bisher entschieden die südamerikanischen Staaten abgeschossen. Eine Reihe von ihnen hat einfach ein Moratorium für alle Auslandsschulden verhängt oder aber alle Zahlungen an das Ausland von der Zustimmung der Notenbanken bzw. von besonderen Aufsichtsbehörden abhängig gemacht, die mit weitestgehenden Befugnissen ausgestattet sind, ohne daß diese Eingriffe freilich auch in jedem Falle einen wirksamen Schutz gegen Währungsverfall boten. In Europa herrschen in dieser Beziehung zur Zeit noch „zivilisierte“ Zustände, aber der freie internationale Zahlungsverkehr ist auch hier schon weitgehend unterbunden, wobei die

Bemühungen vor allem auf eine Sperrung der Einfuhr gerichtet sind. Am rigorosesten sind hierbei bisher wohl Ungarn und Oesterreich vorgegangen. In diesen beiden Ländern ist man zu einem System der Devisenbewirtschaftung übergegangen, die praktisch jede Möglichkeit der Einfuhr, soweit sie nicht lebenswichtigste Erzeugnisse betrifft, einfach abschneidet. Ähnliche Regelungen, wenn auch im Augenblick noch nicht mit solcher Schärfe, bestehen in Finnland, Estland, Lettland, Litauen, der Türkei, Persien usw. Mögen die Maßnahmen dieser Länder auch vielfach stark von protektionistischen Bestrebungen bestimmt sein, so bildet doch in jedem Falle der Schutz der Währung den Ausgangspunkt.

## Das Schicksal des österreichischen Schilling

Eine andere Frage ist es, ob dieser Schutz auch erreicht werden kann. Die bisher gesammelten Erfahrungen gaben solchen Hoffnungen keinen Raum. Die gewaltsame Abdrosselung der Einfuhr hat eine wachsende Verteuerung der Lebenshaltungskosten zur Folge und hermt auf der anderen Seite wieder die Ausfuhr. Allenfalls wird die Zahlungsbilanz gerettet, aber doch nur auf Kosten einer verschleierten Inflation, da die Kaufkraft der Währung im eigenen Lande entwertet wird. An diesem Punkte ist Oesterreich heute bereits angelangt. Die Preise sind allgemein in einer Aufwärtsbewegung begriffen, und unter diesen Umständen ist es auch gar nicht zu vermeiden, daß die Bewertung der österreichischen Währung auf den Devisenbörsen der Welt hiervon betroffen wird. Zunächst wurde diese Entwicklung angedeutet durch die Bezahlung eines Aufgeldes für Auslandswährungen in Oesterreich selbst, was im Grunde genommen nicht anderes war als die erste Flucht vor dem Schilling. Inzwischen hat sich die Situation noch bedeutend verschärft. Guthaben auf Wien werden schon heute im Ausland allgemein zwanzig Prozent unter dem amtlichen Kurs bewertet, und wenn trotzdem offiziell der Stabilisierungskurs noch besteht, so lediglich darum, weil die Devisenregelung in Oesterreich die Verwertung österreichischer Devisen praktisch unmöglich gemacht hat. Offiziell und theoretisch ist also die österreichische Währung im Augenblick noch stabil, inoffiziell und praktisch herrscht dagegen schon heute Inflation.

## Und Deutschland?

Nun spielt Oesterreich im Weltgeschehen eine bedeutsame Rolle. Als wirtschaftlich und finanziell schwächster Staat erliegt es am ehesten den Schlägen und nimmt gewissermaßen nur das Schicksal vorweg, in das andere Staaten unvermeidbar geschleudert werden. Besonders sichtbar ist diese Schicksalverkettenung Oesterreichs zu Deutschland, die sich zuletzt noch sehr einprägsam bei dem Ablauf der Bankenkrise äußerte. Nur mit Schrecken denkt man daran, daß auch hinsichtlich der Währung das Schicksal Oesterreichs den Weg angeben könnte, der auch Deutschland bevorsteht. Unausgesprochen liegt diese Frage wohl auf aller Lippen, und vielleicht hängt es damit zusammen, daß der Wirtschaftsbeirat seine Einmütigkeit zur Aufrechterhaltung der Währung sogleich zweimal vor der Öffentlichkeit bekräftigte. Doch Willenserklärungen sind nicht zugleich auch Bürgschaften. Wenn die Währung in Deutschland heute überhaupt noch intakt ist, so vor allem dank des Stillhalte-Abkommens für die kurzfristigen Auslandsschulden, durch das praktisch nur einem drohenden Moratorium nach dem Muster südamerikanischer Staaten

zuvorgekommen worden ist. Die Frage seiner Verlängerung gewinnt daher für die deutsche Währung entscheidende Bedeutung, denn wenn sich auch Deutschland den Zahlungen mittels eines Moratoriums entziehen könnte, so leuchtet doch ein, daß ein solches Vorgehen für Deutschland Gefahren heraufbeschwören könnte, die in ihrem Ablauf gerade das zeitigen, was durch die Aufschubung der Zahlungen an das Ausland gerade verhindert werden soll: eben die Inflation.

## Ein gefährliches Experiment

Erst im Lichte dieser Zusammenhänge wird auch die große Erregung begreiflich, die selbst in Kreisen des Bürgertums ob der neuesten Osthilfe-Notverordnung entstanden ist. Mit dieser Maßnahme wurde zum ersten Mal grundsätzlich und von Staats wegen in die bestehenden Eigentumsverhältnisse eingegriffen, indem die Kosten des neuen Sanierungsversuchs einfach den Gläubigern des verschuldeten Ostens aufgenötigt wurden. Die Gläubiger sind nicht mehr in der Lage, mit den alten Rechtsmitteln gegen die Schuldner vorzugehen, sondern müssen auf deren Eintreibung in einem weitgehenden Maße verzichten und sich kurzerhand mit einer Zusammenstreichung ihrer Guthaben bis zu 50 Prozent und einer Senkung der Zinsen auf 4½ Prozent abfinden. Es handelt sich also um ein regelrechtes, wenn auch etwas verklausuliertes Moratorium für ein immerhin gar nicht bedeutungsloses Wirtschaftsgebiet, um eine Enteignung Privater gerade zum Zwecke der Erhaltung der Privatwirtschaft. Wohl ist die Verzinsung inzwischen etwas von ihrem ursprünglichen Plan zurückgewichen, indem sie diese „Brechung der Zinsknechtschaft“ von näher präzisen Voraussetzungen abhängig zu machen und vor allem zu befristeten versprochen hat, aber dafür hat sie jetzt die Absicht, ihren Schutz gegen Zwangsvollstreckungen für landwirtschaftliche Betriebe auch auf den Westen auszudehnen, wobei ausdrücklich ausgesprochen wird, daß Zwangsversteigerungen ganz generell dann nicht erfolgen dürfen, wenn die Betriebe bis zur nächsten Ernte ordnungsgemäß weitergeführt werden können.

## Die Wissenschaft warnt

Abgesehen davon, daß hiermit dem offenen Betrug Tür und Tor geöffnet wird, bedeutet eine solche Aktion der Reichsregierung die Erschütterung des gesamten deutschen Kreditsystems. Nicht nur wird niemand mehr Kapital und Geld in die ausgewählten Schutzgebiete hineinpumpen — die Warenlieferungen sollen bereits ins Stocken geraten sein —, sondern es ist auch ganz unabwendbar, daß die Unsicherheit ganz allgemein wird, da erstens eine Reihe von Kreditinstituten, die in der Landwirtschaft besonders interessiert sind, zusammenbrechen und auch viele Private große Vermögensverluste erleiden müssen, und zum andern wird die Gefahr akut, daß das Beispiel Schule macht und morgen auch Moratorien für andere Gebiete und Wirtschaftsgruppen herauskommen. Es ist darum leicht vorzusehen, daß die Kapitalflucht, gleichgültig, ob sie sich in das Ausland oder in den Strickstrumpf vollzieht, einen neuen großen Auftrieb erhält und daß am Ende nicht steht eine Sanierung der Wirtschaft, sondern eine völlige Katastrophe.

Das wird auch ganz offen von einer Kundgebung, die Vertreter der Wissenschaft aus diesem Anlaß veranstaltet haben, ausgesprochen. „Das Moratorium der Sparer“, sagen sie, „würde restlos verloren gehen, wenn sie selbst beim Besitz von Goldpfandbriefen solchen Vermögensverlusten ausgesetzt wären. Die Vertrauenserschütterung würde sich mit Sicherheit im ganzen Kreditwesen, insbesondere auch bei den Sparkassen, zeigen, zumal ja die Öffentlichkeit weiß, daß ebene ein großer Teil der Sparkassenvermögen in Pfandbriefen angelegt ist.“ Die weiteren Folgen? Auch sie werden in dieser Kundgebung mit Freimut angedeutet: „Eine Herabsetzung aller Zinssätze für lang- oder kurzfristiges Kapital führt notwendig auch eine solche des Reichsbankdiskonts herbei. Das aber kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen die schlimmsten Folgen nach sich ziehen; vermehrte Wechseleinrichtung bei der Reichsbank, vermehrte Banknotenausgabe, Erhöhung des Preisniveaus, verschlechterte Handelsbilanz und Gefährdung der Währung.“

## Versicherungen aber keine Sicherungen

Man sieht: der Kreis schließt sich immer wieder an denselben Punkt. Es gibt eben eine gewisse Logik der Dinge, die im Kapitalismus nicht zu überspringen ist, auch dann nicht, wenn man, wie der Wirtschaftsbeirat, sich zweimal bekreuzigt und zweimal einmütig die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Währung betont. Es wird sich ja bald zeigen, ob wenigstens in Deutschland verhindert werden kann, daß die Kreditkrise ungeschlagen in eine Währungs-krise. Die „wertvollen Anregungen“ des Wirtschaftsbeirates enthalten solche Sicherungen jedenfalls nicht.

## Aufträge der Reichsbahn

Die Sitzung des Verwaltungsrat der Reichsbahn  
Die Verwendung der Reichsbahn-Anleihe  
Berlin, 25. November.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft tagte am 23. und 24. November 1931 in Berlin. Seiner Beschlußfassung, wie von der Reichsbahngesellschaft mitgeteilt wird, unterlag der Verwendung der steuerfreien Reichsbahnleihe 1931, deren günstiges Ergebnis zum guten Teil auch als Ausdruck des allgemeinen Vertrauens in das Reichsbahnunternehmen betrachtet werden darf. Der Ertrag der Anleihe wird entsprechend den Abmachungen mit der Reichsregierung für zusätzliche Aufträge der Reichsbahn verwendet, um zur Linderung der Arbeitsnot nach Kräften beizutragen. Die Aufträge in Höhe von 250 Millionen RM. sollen unter Berücksichtigung des Bedürfnisses der Reichsbahn möglichst den notleidenden Wirtschaftszweigen und Notgebieten im Reich zugute kommen. Bei der Vergabe wird auch darauf geachtet, daß Handwerk und Kleinindustrie besondere Berücksichtigung finden. Von größeren Bauten ist die Elektrisierung der Berliner Wannseebahn hervorzuheben. Um diese Hilfe der deutschen Wirtschaft gewähren zu können, hat der Verwaltungsrat seine Bedenken gegen sofortige Herausgabe der Aufträge zurückgestellt, obwohl die Einzahlungstermine für die Anleihe bis zum August 1932 laufen.

Die Reichsbahn verwendet die 250 Millionen Mark für (Beträge in Millionen Mark): Oberbau 80, Neubauten (darunter die Elektri-

sierung der Wannseebahn) 59, sonstige bauliche Anlagen (darunter Sicherungsanlagen und Brücken) 60, neue Fahrzeuge 35, Fahrzeugverbesserung 12, maschinelle Anlagen 4.

Die Reichsbahnaufträge verteilen sich auf die Wirtschaft folgendermaßen: Eisen- und Stahlindustrie 51,5, Maschinen- und Fahrzeugbau 59, Industrie der Steine und Erden 16,5, Baugewerbe 94,5 (davon Hochbau 25,5 und Tiefbau 69), Elektro-Industrie 5,3, Holzgewerbe 8,1, Kautschuk- und Asbest-Industrie 0,1 und zusätzliche Lohnaufwendungen für Oberbau-, Einbau- und Werkstättenarbeiter 15.

Der Verwaltungsrat beschäftigte sich ferner mit der laufenden Einnahmestaltung bei der Reichsbahn. Von Jahresanfang bis Ende Oktober wurden gegenüber dem gleichen Zeitraum in 1930 rund 638 Millionen RM. oder 16,5 v. H. weniger eingenommen. Mit dem Jahre 1929 in Vergleich gesetzt, beläuft sich die

Mindereinnahme in 1931 auf 1,3 Milliarden RM. oder 28,1 v. H.

Mit diesen Verlusten können die Ersparnisse bei den Personal- sowie Sachausgaben nicht Schritt halten.

## Helft mit!

Genossen! Helft mit am Aufbau der S. A. P. Unterstützt unsere Arbeit durch pünktliche Zahlungen.

# Tribüne der SAZ

Die „Tribüne“ der SAZ dient der Aussprache. Die Redaktion nimmt diese Zuschriften auf, gleichviel, ob sie mit dem Inhalt übereinstimmt oder nicht. Die Redaktion übernimmt daher für die in der „Tribüne“ erscheinenden Artikel nur die präsesetzliche Verantwortung.

## Zur Außenpolitik

Von Anna Siemsen

In der „Tribüne“ der SAZ erschien am 18. November ein Artikel des Genossen Plumböhm, der deswegen eine Erwiderung notwendig macht, weil er eine Neigung zeigt, mit Tagesfragen fertig zu werden auf Grund einiger allgemeiner Sätze, deren Tragweite und deren Beziehung zur gegebenen Lage in keiner Weise untersucht werden. Das ist ungefähr das Gefährlichste, was ein Sozialist machen kann. Die Tatsachen fügen sich nicht unter die falsch angewandte Formel: „Man verfehlt die Möglichkeit zum Handeln und diskreditiert gleich den Grundsatz, nicht weil dieser falsch war, sondern weil man nicht verstand, ihn anzuwenden.“

Plumböhm meint: der Völkerbund ist ein Bund kapitalistisch regierter Nationen, darum in sich uneinig, darum unfähig, Frieden in der Welt zu schaffen. Und er folgert: „Ebensowenig wie man durch Reformen am kapitalistischen System zum Sozialismus gelangen kann, kommt man durch Reformierung und „Ausbau“ des Völkerbundes zum Weltfrieden. Dieser kapitalistische Völkerbund muß verschwinden und an seine Stelle muß die Internationale der Arbeiterklasse aller Länder treten, die jede in ihrem Lande die Staatsmacht erobert hat. Das geht heute nur noch auf dem Wege der Revolution.“

Den meisten dieser Sätze kann man zustimmen. Sie haben nur einen Grundfehler, den nämlich, das zur Frage stehende Problem überhaupt nicht zu berühren. Daß ein Völkerbund in der kapitalistischen Gesellschaft nicht die Uebel des Kapitalismus beseitigen kann, darüber dürften sich wohl alle Sozialisten einig sein. Daß eine Reform des Völkerbundes, welche nichts als Völkerbundsreform wäre, das nicht ändern kann, ist eine ebenso selbstverständliche Binsenwahrheit. Daß wir an Stelle des Völkerbundes innerhalb einer erneuerten sozialistischen Gesellschaft eine sozialistische Internationale haben werden, das haben wir ja schon mit dem kommunistischen Manifest und dem Erfurter Programm gelernt. Und daß dieses Ziel nur durch eine Revolution, das heißt durch eine völlige Umwälzung der Gesellschaft und nicht durch Reformen innerhalb des Kapitalismus erreicht werden kann (wobei die Aussichten, daß diese Umwälzung auf friedlichem Wege erreicht wird, was an sich wohl jeder Sozialist aufs innigste wünschen müßte, verschwindend gering sind) — auch darüber dürfte keinerlei Uneinigkeit unter uns bestehen. Diese Dinge sind so selbstverständlich, daß man sie schlechterdings nicht gut jedesmal wiederholen kann, wenn man zu einer Einzelfrage Stellung nimmt. So wenig wie ein logisch denkender Mensch vor jeder Tatsachenfeststellung erklärt, er setze einen Zusammenhang von Ursache und Wirkung bei allem Geschehen voraus und glaube daher, daß die Sonne aufgehen müsse, wenn es Tag werden solle. Wenn wir beides festgestellt haben, den Glauben an einen Kausalzusammenhang, wie die Überzeugung von der Unvermeidlichkeit einer sozialistischen Revolution, oder wenn wir beides stillschweigend voraussetzen, dann, erst dann ergibt sich die Hauptfrage: Was haben wir unter dieser Voraussetzung unter ganz bestimmten Umständen zu tun?

Genosse Plumböhm gibt diese Antwort nicht. Will man eine Antwort aus dem, was er schreibt, herauslesen, so kann sie nur lauten: „Kümmern wir uns überhaupt nicht um den Völkerbund, beschäftigen wir uns mit seinem Tun und Lassen gar nicht und ebensowenig mit irgend einer anderen Angelegenheit oder Einrichtung der heutigen Gesellschaft. Wir haben es nur mit der Vernichtung aller dieser Angelegenheiten und Einrichtungen durch die soziale Revolution zu tun. Jedes Interesse an dem, was heute geschieht, ist eines Sozialisten unwürdig. Unsere einzige Aufgabe ist, durch die soziale Revolution die Macht für die Arbeiterklasse zu erobern.“

Woraus sich die unabwendbare Frage ergibt: Was aber tut die Arbeiterklasse bis zur Eroberung dieser Macht? In den Hessenwahlen, die doch wohl das genaueste Bild der heutigen Stimmung geben, hat etwas mehr als ein Drittel der Wähler sozialistisch gestimmt. Daß alle diese Wähler zugleich auch bereit waren zur „proletarischen Machtergreifung“, ist mehr als zweifelhaft. Es ist wohl klar, daß man mit einer solchen Minderheit nicht die Macht ergreifen kann, und daß, wenn es zu irgend einer gewaltsamen Machtergreifung käme, diese nie sozialistisch, sondern faschistisch aussehen wird.

Wir brauchen uns mit dem Genossen Plumböhm nicht darüber zu streiten, daß wir heute eine Situation haben, in welcher der Kapitalismus so stark versagt, daß alle objektiven Vorbedingungen einer revolutionären Entwicklung da sind. Aber was fehlt sind die subjektiven Bedingungen: Erkenntnis und Wille der

Arbeiterklasse oder wenigstens ihrer Mehrheit. Und daher wäre es ein ganz naiver Wunderglaube, zu meinen, wir könnten zur „Eroberung der Staatsmacht“, zu einer sozialistischen Revolution, zu einer Arbeiterinternationale an Stelle des Völkerbundes kommen, bevor die Arbeiterklasse in ihrem Bewußtsein eine sehr tiefgehende Revolution durchgemacht hat. So ergeben sich zwei Fragen: Wie erreichen wir diese Revolutionierung? Und was tun wir in der Zwischenzeit.

Genosse Plumböhm meint offenbar, man revolutioniert das Bewußtsein indem man predigt: Ihr müßt die Macht erobern. Jeder Lehrer könnte ihm beibringen, daß es nichts nützt, einem Jungen zu sagen: „Du mußt lesen!“ Selbst der innige Wunsch des Jungen, sein Geschichtsbuch zu lesen hilft da nicht. Er muß Buchstabe für Buchstabe die Fähigkeit erlernen mit einem Buche fertig zu werden. Ebenso muß die Arbeiterklasse Buchstabe für Buchstabe die Fähigkeit gewinnen, mit dem Staate, mit der Wirtschaft, mit allen Einrichtungen der kapitalistischen Gesellschaft fertig zu werden.

Daß sie 1918 diese Fähigkeit nicht besessen hat, daß weder sie noch ihre Führer sich klar waren über die ersten notwendigen Schritte, das war die erste Ursache einer Niederlage, aus der sich die weiteren Niederlagen mit Notwendigkeit ergaben, nicht zum wenigsten die Niederlagen auf außenpolitischem Gebiet.

Warum gehen wir in die Parlamente? Warum gründen wir Gewerkschaften? Warum richten wir Konsumvereine, Volkshäuser, Arbeiterbanken ein? Warum haben wir Bildungseinrichtungen, suchen die Erziehung, die Kunst, die Unterhaltungseinrichtungen zu kritisieren, zu beeinflussen, umzugestalten? Wir bilden uns doch wohl nicht um — um mit Genossen Plumböhm zu reden — daß wir „mit Reformierung und Ausbau“ der kapitalistischen Institutionen zum Sozialismus kommen, so wenig wie beim Völkerbund zum Weltfrieden. Aber wir können allerdings durch unsere Arbeit in ihnen, durch den Kampf mit ihren heutigen Beherrschern lernen, wie man es zu machen hat. Wir können durch diese Arbeit und diesen Kampf zeigen, was wir wollen, und durch den Anschauungsunterricht überzeugend auf die Massen wirken und sie erziehen (Buchstabe für Buchstabe) zu dem Bewußtsein, das ihnen heute fehlt. Wir wissen, daß die gewerkschaftliche Arbeit das wirtschaftliche System des Kapitalismus nicht zum Funktionieren im Interesse der Arbeiterklasse bringen kann. Deswegen sind die vierzig Jahre Erziehungsarbeit der Gewerkschaften nicht umsonst gewesen. Sie haben es trotz größter gemachter Fehler verhindert, daß das Hittlertum auf das wirtschaftliche Denken der Arbeiter Einfluß gewonnen hat.

Auf außenpolitischem Gebiet ist eine solche Erziehungsarbeit an der Arbeiterklasse nie geleistet worden, seit Marx und Engels tot sind, die immer sehr interessiert und sehr beschlagene Außenpolitiker waren und himmelweit davon entfernt, außenpolitische Probleme mit dem Hinweis auf die kommende Internationale der Arbeiterklasse abzutun. Diese außenpolitische Gleichgültigkeit der deutschen Sozialdemokratie rächt sich seit siebzehn Jahren aufs bitterste an ihr. Wenn die deutsche Friedensgesellschaft nichts anderes geleistet hätte, als dies, daß sie übernahm, was die sozialistischen Parteien versäumten, und fortlaufend alle Einzelfragen unter einer antinationalistischen und antikapitalistischen Kritik stellte, so Tausende von Arbeitern erst gewöhnend an die Beschäftigung mit diesen Fragen, so wäre ihre Wirksamkeit schon von allergrößter Bedeutung.

Und nun das zweite: Wir leben heute in einer kapitalistischen Welt, die wir überwinden wollen. Aber um sie zu überwinden, müssen wir in ihr leben. Wenn diese Welt sich bevor wir zur Macht gelangen können, sich in ein Chaos auflöst, so ist das für die Arbeiterklasse ein Unglück und für den kommenden Sozialismus eine Gefahr.

Wir halten die heutigen Gerichte für Klassengerichte, wir bekämpfen ihre Gesetze und mißtrauen ihren Richtern. Aber wir treten deswegen noch nicht ein für die Wiederherstellung der alten Patronatengerichtbarkeit, wir wollen vorwärts, nicht rückwärts.

Wir bekämpfen die Regierung Brüning. Wir halten die heutige Verfassung Deutschlands für den politischen Ausdruck der kapitalistischen Ordnung, in der wir leben. Aber wir wünschen deswegen nicht eine Wiederherstellung der Zustände vor hundert Jahren, als Deutschland lag und schlief unter sechsunddreißig Monarchen und ein Wirtschaftskrieg zwischen Lippe-Deimold und Lippe-Schaumburg tägliche Selbstverständlichkeit, ein politischer Krieg jederzeit möglich war.

Die Schaffung einer zentralen Instanz, welche diese rivalisierenden „Nationen“ in einigen wichtigen Fragen gemeinsam verwaltete und kriegerische Verwicklungen ausschloß, war keine sozialistische Maßnahme aber eine allgemeine gesellschaftliche Notwendigkeit, welche auch der Arbeiterschaft zugute kam und die Entwicklung des Sozialismus innerhalb Deutschlands erst ermöglichte. Niemand hat das klarer gesehen und daher die Konstituierung des „deutschen Völkerbundes“ des deutschen Reiches mehr begrüßt als Marx und Engels, obgleich sie bestimmt nicht verdächtig sind, Bismarck unterstützt zu haben oder die Illusion gehegt zu haben, er werde seine Macht nicht gegen die Arbeiter mißbrauchen.

Wir stehen heute vor genau der gleichen Situation in größerem Maßstabe. Europa kann heute so wenig existieren ohne wirtschaftliche Einigung und politische Zentralinstanz wie Deutschland vor hundert Jahren. Und die internationale Arbeiterbewegung bedarf dieser Einheit ebenso wie die deutsche Sozialdemokratie die deutsche Einheit zu ihrem Aufstieg brauchte. Wir wollen die Macht erobern, aber hoffentlich sind wir uns klar darüber, daß wir das nicht vermögen in nationalem Rahmen, sondern auf internationaler Grundlage. Kapitalkboykott, Wirtschaftsboykott politischer Boykott, Krieg, würde einen europäischen Einzelstaat am Tage nach der proletarischen Machtergreifung erledigen. Dazu braucht es

keines Völkerbundes! Dieses Einverständnis würde sich im Gegenteil um so leichter herstellen, je mehr rechtliche, verfassungsmäßige Einrichtungen fehlen, welche eine Kontrolle der Völker (in denen doch die Arbeiterschaft ein Wort mitzureden hat) ermöglichen und sichern. Geheimdiplomaten der Regierungen wirken sicher, wenn es sich um reaktionäres Einvernehmen handelt. Der Völkerbund ist eine demokratische Einrichtung, mit allen Schwächen einer solchen, aber mit allen diesen Schwächen ein Schritt, und ein gewaltiger Schritt vorwärts, gegenüber jenen Zustand ordnungsloser und unkontrollierter gewaltsamer Willkür, der bei seiner Schwächung oder Zerstörung eintritt würde.

Wer das vertritt, der muß logisch die Wiederherstellung des Faustrechts der Sklaverei, die Zerstörung der Maschinen und die deutsche absolutistische Kleinstaaterei fordern als Vorbereitung der proletarischen Machtergreifung.

Wir sind am Völkerbund interessiert, wie wir interessiert sind an der Aufrechterhaltung von allen Rechtsverhältnissen, welche Arbeit und Leben erst ermöglichen. Wir stehen ihm kühl und kritisch gegenüber, wie allen Institutionen der heutigen Gesellschaft. Aber gerade deshalb verlangen wir Ausbau, Reform, Neugestaltung, weil wir durch diese Forderungen, wenn wir sie konsequent stellen, immer wieder auf den Punkt vorstoßen in dem unsere Forderung zu einer revolutionären wird.

## Parlamentarismus oder Räteystem

Von Kurt Oppler-Brenlau

Bei den Diskussionen über das provisorische Aktionsprogramm der SAP nimmt die gestellte Frage Parlamentarismus oder Räteystem einen breiten Raum ein. Dieses Thema wird mit immer stärker werdendem Interesse durchgesprochen, obwohl in dem provisorischen Aktionsprogramm über diese Frage überhaupt nichts gesagt ist. Anscheinend ist die Behandlung dieses Problems bewußt unterlassen worden. Mit den nachfolgenden Äußerungen soll auch nur der Versuch gemacht werden, einiges Grundsätzliche über diese Probleme zu sagen, ohne daß behauptet werden soll, daß eine erschöpfende Behandlung dieses Themas erfolgt ist. Es ist überhaupt merkwürdig, daß in den Kreisen der SAP Wichtiges und Grundsätzliches über dieses Thema auch noch in der SPD nicht ausgeführt worden ist.

Die Diskussionen neigen immer mehr der Lösung zu, daß das Räteystem zu befürworten und der Parlamentarismus abzulehnen sei. Man geht wohl dabei gefühlsmäßig davon aus, daß das parlamentarische System versagt habe und daß das Räteystem eher der Auffassung und dem Willen des Proletariats und der Massen entspreche. Es muß aber gesagt werden und von vornherein klargestellt werden, daß es sich dabei nur um eine gefühlsmäßige und nicht um eine wirkliche Lösung handelt. Dazu ist es notwendig, sich etwas klarer über die Unterschiede beider Systeme zu werden. Von entscheidender Bedeutung ist dabei, was ist das Räteystem in Wirklichkeit und was verstehen die Massen oder die Kreise, die über dieses Thema diskutieren, über das Wesen des Räteystems.

Das Wesen des Parlamentarismus besteht darin, daß die Exekutive bei einem demokratischen Aufbau des Staates (bei der politischen Demokratie) kontrolliert werden muß von der mittels irgendeines Wahlrechts gewählten parlamentarischen Vertretung. Nun kann das parlamentarische System bei gewissenhafter Ausübung der politischen Demokratie wichtige demokratische Funktionen haben. Durch das parlamentarische System wird vor allem verhindert, daß die Regierung oder z. B. in Deutschland der Reichspräsident, ihre Gewalt mißbrauchen, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß das Parlament funktioniert. Diese selbstverständliche Voraussetzung kann allerdings, und das ist die große Gefahr, die gegenwärtig eingetreten ist, verletzt werden dadurch, daß die Exekutive das Parlament ausschaltet. Verhindert werden sollte durch das parlamentarische System aber insbesondere die Bürokratie. In der Praxis ist, wie es auch vor kurzem erst Ledebour einmal ausgesprochen hat, die Bürokratie auch in Deutschland z. B. in der Nachkriegszeit nicht beseitigt worden. Die parlamentarischen Minister, so schreibt Ledebour, „tanzen als Puppen am Gängelbande der Demokratie wie ein Luther oder Cuno!“

Das parlamentarische System könnte also dazu dienen, die Herrschaft der Bürokratie zu verhindern. Das könnte etwa in der Weise erfolgen, daß das Parlament zwangsläufig in demselben Zeitraum gewählt werden muß wie die Exekutive. Es müßte also verhindert werden, daß die Exekutive wie der Reichspräsident etwa länger an der Macht ist, als es dem Willen der Massen entspricht.

Das Räteystem ist demgegenüber aufgebaut von unten her auf dem Willen der breiten Massen. Die Exekutive wird aber ebenfalls von dem niedriger gestellten System der Räte gebildet, ohne daß eine Kontrollmöglichkeit vorhanden ist.

Beispielsweise würden sich bei einer vollständigen Ausgestaltung des Räteystems die Vertreter von mehreren Dörfern in einen Bezirksrat vereinigen. Die Bezirksräte würden zum Länderrat zusammengefaßt werden und der Rat des Landes würde von sich aus vielleicht die Spitze, das ist die Regierung, bilden müssen. Oder örtlich gesehen, würde nach heutigem System in einer Stadt die Stadtverordnetenversammlung gewählt werden, die Stadtverordneten wählen von sich aus für dieselbe Legislaturperiode den Magistrat und der Magistrat wählt von sich aus den Bürgermeister.

Die Frage ist also, welches ist das System, das dem Wesen des Proletariats entspricht. Darauf läßt sich eine Antwort ohne weiteres nicht geben, weil bei gewissenhafter Ausnutzung der Demokratie es vielleicht sogar angängig wäre, außer der Wahl eines Parlamentes, das naturgemäß im proletarischen Sinne andere Funktionen hat, auch die Wahl der Exekutive durch das Proletariat vornehmen zu lassen. Worin alle Auffassungen übereinstimmen bei Befürwortung des Rätegedankens, das ist das, daß im Falle der Machtübernahme das Bürgertum in jeder Form von der Macht ausgeschlossen sein soll. Es soll nur noch eine Vertretung des Industrie- und des Landproletariats geben, aber keine des Großgrundbesitzes und der Besitzenden. Das ist aber nicht typisch für das Räteystem und dieser Gedanke, den man in Wirklichkeit durchführen will und durchführen muß, dieser Gedanke ist eben 1918 vollkommen verfälscht worden, indem man die A- und S-Räte ausschaltete und zur Nationalversammlung aufrief. Der Artikel 165 der Reichsverfassung ist der beredteste Ausdruck für die Verfälschung des Willens des Proletariats in dieser Richtung.

Das Programm der kommunistischen Internationale schreibt, daß für die Diktatur des Proletariats die Räte Demokratie die proletarische Demokratie sei. Ein Beweis dafür ist jedoch nicht angeführt. Einige sind sich nur alle Beteiligten darin, daß das Bürgertum ausgeschaltet werden müsse. Wenn man in unseren Diskussionen also lediglich das als das dem Räteystem Eigentümliche hinstellen will, so ist es zwar nicht richtig, es soll aber niemand daran gehindert werden. Man muß sich nur darüber klar sein, was es bedeutet.

Daraus ergibt sich, daß demokratische Tendenzen bei gewissenhafter Durchführung in beiden Systemen liegen. Der Parlamentarismus hat aus Gründen versagt, die hier nicht zu untersuchen sind. Das Proletariat hat das alleinige Interesse, daß bei einem nochmaligen 1918 seine Interessen allein gewahrt werden. Es wird nicht zweckmäßig sein, bei den wirklichen Unterschieden der Systeme bereits das Räteystem als das allein gültige hinzustellen. Man kann höchstens fordern die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte als alleinige Vertretung der Bevölkerung, mehr nicht.

# Frauenblatt der SAZ

## Anderer Leute Kochtöpfe

Von Nettebrok

Man sagt: Wer im Ueberfluß lebt, verschwendet. Wer auf Reisen Gelegenheit hat, in vieler fremder Leute Kochtöpfe zu sehen, der beginnt, an dieser Behauptung, soweit sie das Kochen betrifft, stark zu zweifeln.

Die armen Bäuerinnen der Eifel und der oberen Mosel legen das kleine Stück Rindfleisch, das sie ihrer Familie in der Woche gönnen dürfen, früh am Morgen in den Topf. Da wird es bis zum Mittag zerköcht und ausgelagt. Seit Menschengedenken verschwanden diese Ärmsten die teure Nahrung und Feuer, im Glauben, es recht gut zu machen. Wer sie eines besseren belehren will, den schauer sie aus ihren vergrämten Gesichtern mißtrauisch an. Sie wollen nicht glauben, daß zu lange Kochzeit die Nährkraft einer Speise töten kann. Auch vernünftig zubereitet wurde ihre Ernährung nicht ausreichen; sie könnte aber ganz erheblich besser ausgenutzt werden. Sie haben keinen Mut mehr, Versuche zu machen.

Nicht besser steht es mit den Kochkünsten der allermeisten armen Gegenden. In schwäbischen Haushalten wird das Sauerkraut 1½ Tag lang gekocht. Es ist darum auch nach allgemeiner Ansicht so schwer verdaulich, daß es nur die Erwachsenen vertragen. In neuerer Zeit ist aber vielfach erprobt worden, daß rohes oder nur kurz gekochtes, schwach gesalzenes Sauerkraut leicht verdaulich und Kindern sehr zuträglich ist.

Wie umständlich und teuer ist die übliche Zubereitung von Spinat. Viele Pfund davon werden in einem großen Topf heißen Wassers gekocht. Nachdem auf diese Weise der Nährwert ins Wasser geflossen ist, wird der Spinat herausgefischt und ausgepresst. Das Gemüsewasser wird fortgossen, und ein Haufen geschmacklos gewordenen Blattwerk wird durch die Fleischmaschine gepreßt. Nun ist es eine kleine Menge Brei, der durch Gewürz Geschmack bekommen muß und durch viel Mehl und Fett wieder einen Nährwert erhält. Wenn die reichen Leute so etwas machen, dann ist das wohl nicht so schlimm. Aber diese unvernünftige Kochweise haben fast alle Deutschen.

Manchmal kommen Leute ganz begeistert von einer Italienreise und schwärmen von einem wunderbaren ausländischen Gemüse. Sie glauben, diese „espinacci“ wüchsen bei uns gar nicht. Sie haben aber nur italienisch zubereiteten Spinat gegessen. Da macht man es sich einfacher als bei uns. Und außerdem ist nur ein Drittel an Gemüse nötig. Der sorgfältig geputzte Spinat wird einfach mit etwas Zwiebeln in Öl gedämpft. Das dauert höchstens 25 Minuten. Man kann ihn natürlich auch mit Butter dämpfen.

Eine ähnliche Zubereitung ist übrigens auch bei den Türken üblich. Auch dort wird der Spinat nur mit Fett und kaum zerschnitten gedämpft. Um das sich bildende Spinatwasser zu verwerten, wird ein Löffel roher Reis dazwischen gestreut und einige Hammelfleischstückchen mit gekocht.

In Italien gibt es billigen Reis im Ueberfluß. Es würde nicht wundern, wenn man ihn dort verschwenderisch zubereiten würde. Aber sorgfältig berechnet die Italienerin die Menge Wasser, die zum Anquellen und Garwerden ihres Reis, „Risotto“ genannt, nötig ist. Um das Anbrennen zu verhindern, wird der rohe Reis erst in Fett erhitzt und nach Geschmack ein wenig gebräunt. Sie hat nicht nötig, etwas von dem nahrhaften Reiswasser fortzugießen, und er wird doch gar und bleibt als Korn erhalten. Dagegen behaupten die meisten deutschen Hausfrauen, daß Reis nur „manchiert“ gut zu bereiten wäre. Das heißt, er wird in zweimal gewechseltem Wasser gar gekocht. Das Wasser, in das die wesentlichen Nährwerte des Reis hineingekocht sind, wird fortgossen. Infolge dieser Zubereitung wird Reis als Nahrungsmittel nicht für voll genommen. So ist es in Berlin und Norddeutschland üblich, zu Reis als Beilage immer noch Kartoffeln zuzugeben. Das wäre bei einer vernünftigen Zubereitung ganz unnötig.

Es wird in der letzten Zeit sehr viel von neuzeitlicher Ernährung gesprochen. Es bilden sich Abarten von Glaubensgemeinschaften, die ihre Art der Auswahl und Zubereitung von Speisen mit dem mystischen Zauber religiöser Handlungen umkleiden und mit halbwissenschaftlichen Ausdrücken sehr freigiebig verziern. Sicher hat die Wissenschaft selber an der Ernährungsforschung viel versäumt. Erst in allerletzter Zeit wird da durch Fachleute, wie z. B. Dr. Gerson es ist, manches nachgeholt.

Vernünftige, ruhig denkende Hausfrauen werden durch den Zauber, mit dem leicht überspannte Gemüter diese sogenannten neuzeitlichen Kochmethoden umgeben haben, abgeschreckt. — Wie selbstverständlich und einfach diese aber in Wirklichkeit sind, ist doch klar daraus zu erkennen, daß die Frauen anderer Länder von selber darauf gekommen sind.

Wir müssen auch in diesem Fall selbständig nachdenken lernen, vorsichtig probieren und uns auf unseren eigenen Geschmack und Instinkt verlassen. Denn die schönsten Reformen helfen nichts, wenn man sie sklavisch nachmacht.

## Die sozialistische Frauenbewegung

Was erreicht ist — und was noch zu tun bleibt

„Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter“.

August Bebel.

Als im Anfang des 19. Jahrhunderts, noch schlichtern zwar, aber doch mit ernsthaften Ansätzen die Emanzipationsbewegung der Frau begann und ihr Ruf nach Gleichberechtigung mit dem Mann erscholl, leugneten noch viele, sogar Parteigenossen aus dem sozialistischen Lager — daß es ein solches Problem überhaupt gebe. „Die Frauenfrage existiert nicht“, meinten sie überlegen, ohne jedoch dabei zu bedenken, daß sie nur dann keine Bedeutung mehr hätte, wenn sie als selbstverständlicher Teil im Sozialismus ein- und aufgegangen wäre. Sie verwiesen die Frau in ihren „Naturberuf“. Als Mutter der Kinder sollte sie sich nur mit ihnen und dem Haushalt beschäftigen. Sie übersahen jedoch, daß das kapitalistische System selbst diese Forderung von vornherein ausschließt.

Der erste Zusammenschluß der deutschen Frauen war eine bürgerliche Gründung: „Der allgemeine deutsche Frauenverein“ im Jahre 1865.

1866 folgte der „Letteverein“. 1877 wurde die statistische Bestimmung des Lettevereins, sich nicht mit Arbeiterinnen, Dienstboten usw. zu befassen, aufgehoben. Aber es war bereits zu spät.

Die proletarischen Frauen hatten sich schon selbständig gemacht. Sie gründeten 1869 den „Verein zur Fortbildung und geistigen Anregung der Proletarierfrauen.“

### Von Leipzig bis Paris

Von diesem Zeitpunkt an begannen die sozialistischen Frauen sich Schritt vor Schritt ihr Recht zu erkämpfen. Die wirtschaftliche Entwicklung drängte ja auch immer mehr zur Tat. Zahllose Mädchen und Frauen wurden in das Erwerbsleben hineingerissen und vom Kapitalismus in unerhörter Weise ausgebeutet. Zwölf- bis fünfzehnstündiger Arbeitstag für ein paar Pfennige Lohn! Da sie nur Frauen waren, also nicht etwa dem Manne gleichgestellt, wurde auch ihre Arbeit bedeutend niedriger entlohnt. Dieser erste Arbeiterinnenverein war vielen Frauen Halt und Stütze. In den Versammlungen sprachen sie über das Elend ihrer Lohnklaverei, sie spürten zum ersten Mal ihre Zusammengehörigkeit und vereinten Willen alles an das Ziel einer „gleichmäßigen Beteiligung aller Individuen am Aufgabenwerk der Gesamtheit“ zu setzen. Ihnen erwuchs eine Führerin in Luise Otto, einem warmherzigen Mädchen aus Sachsen, das sich für ihre ausgebeuteten Mitschwester einsetzte. Der erste Frauenkongreß in Leipzig, die sogenannte „Leipziger Frauenschlacht“ war der Auftakt für das Erwachen der Frau.

Immer mehr Frauenvereine wurden gegründet, die alle rege agitatorische Tätigkeit

### Das Frauenwahlrecht in Spanien

Die spanische Revolution hat auch den Frauen die politische Gleichberechtigung gebracht. Die erste provisorische Regierung der spanischen Republik hat das Wahlrecht zur verfassunggebenden Nationalversammlung so abgeändert, daß auch die Frauen das aktive und passive Wahlrecht erhielten. Zunächst wurden aber nur zwei Frauen gewählt, die beide bürgerlich-republikanischen Parteien angehören, Viktoria Kent, die Generalinspektorin der Gefängnisse, und die Juristin Clara Campoamor. Bei einer Nachwahl wurde die erste Sozialistin, die Journalistin Marguerita Nelken, ins Parlament entsandt.

### Eine verständige Mutter

Goethes Mutter, die Frau Rat, war eine kluge Frau und stets hilfsbereite Mutter. Von der Frankfurter Messe schickte sie oft ihrem Sohn die neuesten Spielzeuge für seine Kinder. Einmal aber verlangte der Dichter, sie solle ihm die neuen Miniatur-Guillotinen schicken, die auf der Messe als Kinderspielzeug verkauft wurden. Darauf antwortete die verständige Frau:

„Alles, was ich dir zu gefallen tun kann, geschieht gern und macht mir selbst Freude — aber eine solche infame Mordmaschine zu kaufen — das tue ich um keinen Preis — was! Die Jugend mit so etwas abscheuliches spielen zu lassen — ihren Mord- und Blutvergießen als einen Zeitvertreib in die Hände geben — nein, da wird nichts draus.“

Das ist nun 135 Jahre her. Aber wie viele Mütter sind noch nicht so einsichtig wie die Frau Rat Goethe?

entwickelten. Statistisches Material über die Lage einzelner Berufsgruppen wurde gesammelt, Lohnverträge mit Unternehmern geschlossen, Aufnahmen von Bestimmungen in die Gewerbeordnung durchgesetzt. Ferner wurden belehrende Vorträge über soziale Fragen gehalten. Dieses plötzliche Interesse um die Rechte und Pflichten der Frau wurde jedoch vom Staat als gefährlich und schädlich angesehen, viele Vereine einfach verboten und die Führerinnen bestraft. Die 1884 gegründete Arbeiterinnenbewegung „Central-Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen, Offenbach, Zweigstelle Berlin“ konnte sich als einziger Verein über die Zeit des Sozialistengesetzes halten. Das Sozialistengesetz trat nämlich am 21. Oktober 1878 „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ in Anwendung und erst 1890 außer Kraft. Jedliche sozialistische Agitation war streng untersagt. Die Partei hat dieses Verbot jedoch nur gefestigt und geschlossen gemacht, obwohl jede Bewegung nach außen hin stark behindert war.

Einer der ersten Männer, die sich in entscheidender Form für das staatsbürgerliche und menschliche Recht der Frau einsetzte, war August Bebel. Sein Buch „Die Frau und der Sozialismus“, 1898 erschienen, erregte in allen Kreisen ungeheures Aufsehen. Es wurde verboten, konnte aber trotzdem erscheinen. Noch nie vorher war die Existenz der Frau so realistisch und klar in all ihren sozialen und sexuellen Nöten umrissen worden. Für die Anhänger des Sozialismus, für die Männer bedeutete dieses Buch eine erhebliche Erschütterung ihres Antifeminismus, für die Frauen wurde es ein neues Evangelium.

Inzwischen ging der Kampf der Frau, sich durchzusetzen, immer weiter. Es gab zum Beispiel Mißstimmungen in den sozialistischen Gewerkschaften, die damals noch in den Kinderschuhen steckten. Die männlichen Kollegen wollten die weiblichen nicht in ihre Verbände einbeziehen, da sie erstens Angst vor der Konkurrenz hatten — Frauenarbeit bedeutete Lohndruck — und zweitens immer noch dachten, die Erwerbstätigkeit der Weiber sei eine vorübergehende Erscheinung. Aber allmählich wurde auch diese Opposition schwächer. In kurzer Zeit erzwangen sich die Frauen durch zahlloses Erscheinen in politischen Versammlungen das Recht, an ihnen teilzuhaben, was bis dahin verboten war. Es wird sogar beim preußischen Minister des Innern erwähnt, daß von Frauen für Frauen einberufene Versammlungen nicht mehr untersagt werden dürfen. 1889 lassen sich die sozialistischen Frauen auf dem Pariser internationalen Sozialistenkongreß durch ihre Genossinnen Emma Ihrer und Klara Zetkin vertreten.

### Frauenrechte oder Klassenkampf?

Mit der „Aera Zetkin“ beginnt eine neue wichtige Kampfperiode der sozialistischen Frau. Die Abgrenzung der proletarischen von der bürgerlichen Frauenbewegung ist ihr eigentliches Werk. Unermüdet ist sie für die Partei und für den Zusammenschluß ihrer Genossinnen tätig. „Die Gleichheit“, eine von ihr redigierte Zeitschrift, forderte immer wieder alle Frauen auf, an ihrer Befreiung selbst aktiv mitzuarbeiten. Sie stand in Verbindung mit allen Kämpferinnen der damaligen Zeit, Luise Kautsky, Adelheid Popp, Führerin der österreichischen Frauenbewegung, und vielen anderen. Der Ruf der Frau nach Befreiung erscholl in allen Ländern, er mußte endlich gehört werden.

Die erstmalige Abgrenzung der radikal sozialistischen von der bürgerlichen Bewegung ist, wie schon gesagt, das Verdienst Klara Zetkins. Ob ohl es nicht zu leugnen ist, daß sich gerade in der Frauenfrage viele Punkte im beiderseitigen Lager berühren und decken, mußte die Trennung dringend vollzogen werden. Die bürgerliche Bewegung kämpfte zwar für die bürgerliche Gleichberechtigung der Frau, sie kämpfte jedoch im Grunde genommen für die Vorrechte der Besitzenden — für ihre eigene Klasse, und glaubte, daß mit der politischen Gleichberechtigung der gesellschaftliche Idealzustand schon erreicht sei.

Ein viel umstrittener Streitpunkt war natürlich die Frage des Frauenwahlrechts. Immer wieder wurde sie aufgeworfen. Die Vertreterinnen der ausländischen Frauenvereine Englands, Skandinaviens, Oesterreichs neigten zum „beschränkten Damenwahlrecht“. Klara Zetkin erkannte und bekämpfte die aufziehende Gefahr mit allen Mitteln. Ihr Verdienst ist es, daß in Stuttgart 1907, auf der ersten internationalen Frauenkonferenz, die Forderung des allgemeinen Wahlrechts aller Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts in das Parteiprogramm aufgenommen wurde. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, die sich mit ihren Forderungen eng an ihre klassenbeschränkte Auffassung hielten, pro-

pagierte Klara Zetkin immer die internationale Solidarität, den Zusammenschluß aller Ausgebeuteten und Unterdrückten. Frauen wie Luise Zietz, Ottilie Baader redeten und schrieben für die sozialistische Frauenbewegung. Les- und Diskussionsabende, Bildungsvereine wurden gegründet.

Eines Tages veröffentlichte „Die Gleichheit“ den Uebertritt von Lili v. Gizycki (spätere Lili Braun), der Redakteurin der bürgerlichen „Frauenbewegung“, zur Sozialdemokratie. Klara Zetkin ließ zwar die neue Genossin willkommen, aber im Innersten war sie wohl von Anfang an von Mißtrauen erfüllt. Sie wußte, daß die Bewegung noch jung und nicht gefestigt genug war und wünschte sich lieber Kolleginnen, die von Beginn an Mitstreiterinnen der proletarischen Sache waren. Doch Lili Braun schien es ernst zu sein. Sie arbeitete mit Eifer, hielt Versammlungen ab und versuchte als erste, sich speziell der „Dienstbotenfrage“ anzunehmen. Ihre Versammlungen waren gestopft voll, sie gewann an Einfluß. Trotzdem konnte sie niemals ganz begreifen, warum man nicht zu bürgerlichen Parteitag fahren durfte und warum die Ziele der bürgerlichen Frauen ebenso wie ihre Vereinsbestrebungen grundsätzlich von der sozialistischen Bewegung abgelehnt wurden. Zetkin mußte sie zuweilen von unbedachten Schritten zurückhalten. Bei allem ehrlichen Willen Lili Brauns fehlte ihr doch die harte Disziplin, die der Führerinnen Zetkins innewohnte. Schließlich setzte eine Art Verschwörung gegen Lili Braun in der Partei ein, und wegen „Unzuverlässigkeit in der Ausübung von Parteipflichten“ wurde sie ausgeschlossen. Vielleicht trifft auf sie letzten Endes der Ausspruch zu, daß sie Mitleid mit dem Leidenden, aber kein Verständnis für das kämpfende Proletariat hatte.

Die Organisationsgebilde innerhalb der proletarischen Frauenbewegung waren mannigfaltig. Die Bewegung wuchs zusehends. Die arbeitende, selbständige Frau, die das Leben im Beruf kennenlernte, der gewisse Abläufe des Wirtschaftslebens durch eigene Anschauung geläufig geworden waren, stellte einen neuen Frauentypus dar. Sie war, kraft ihrer eigenen Erfahrung und der Gedanken, die sie sich darüber machte, kritisch zu Gesellschaft und Staat eingestellt. Kein Wunder, daß die soziale und politische Entwicklung (Zusicherung elementarster Dinge) nicht mehr aufzuhalten war. Trotzdem brachte erst die Novemberrevolution den Frauen Deutschlands das volle aktive und passive Wahlrecht. Dagegen hat die weibliche Bevölkerung Frankreichs, der Schweiz, Portugals, Jugoslawiens, Bulgariens, der Türkei, Ägyptens, Persiens und Japans keinerlei politische Rechte.

Trotz der Fortschritte, die die sozialistische Frauenbewegung seit Mitte des 19. Jahrhunderts gemacht hat, trotz der „staatsbürgerlichen“ Anerkennung der Frau ist

ihre Stellung im Rechtsleben noch immer unfrei.

Es heißt zwar: „Die Ehe beruht auf der Gleichberechtigung der Geschlechter.“ In praxi ist dieser Satz jedoch (siehe Ehe- und Scheidungsparagrafen) nicht durchgeführt. Immer wird es neue Aufgaben für die sozialistische Frau geben, um der Benachteiligung entgegenzutreten. Immer noch ist es allgemein üblich, daß die Arbeit der Frau — obwohl anerkannter Weise dem Manne gleichwertig — weniger gilt und schlechter entlohnt wird.

Im Juni 1920 wurden 36 Frauen unter 469 Abgeordneten gewählt. Das geht schon an, wenn man bedenkt, wie jung die Frauenbewegung überhaupt noch ist. Die deutsche Reichsgerfassung ist von der allgemeinen Bewegung mitbestimmt, die weiblichen Berufsrechte sind im Sinne der Frauenbewegung geprägt. Trotzdem ist noch lange nicht alles getan. Die Frau hat zwar heute eine formale Gleichberechtigung zugesichert bekommen; daß es aber in praxi nicht immer danach aussieht, können täglich Millionen von arbeitenden Frauen versichern. Es kommt nämlich nicht nur auf die Freiheit der Berufswahl an oder auf gewisse rechtliche Möglichkeiten, die den Frauen gegeben wurden, sondern auf die freie Auswirkung des weiblichen Geschlechts in jeder Hinsicht. Es will aus der Welt des „Nur-Weibchens“ hinaus in eine andere, kameradschaftlichere, in der es nicht nur als Sexualobjekt oder Kindergebärrapparat, sondern als freier Mensch, mit gleichen Möglichkeiten wie der Mann existieren kann. Das dazu gewisse wirtschaftliche und rechtliche Voraussetzungen nötig sind, ist selbstverständlich. Deshalb ist die Frau auch politisch interessiert. Und deshalb hatte Klara Zetkin recht, als sie einmal sagte:

„Nicht für die Erweiterung der sogenannten Frauenrechte, sondern für Beseitigung der Ausbeuterfreiheit haben die Frauen zu kämpfen.“

Hilde Keller

# Die kommunale Pleite

Berlin, 29. November.

Es gibt Optimisten — wie den begeisterten Propheten des Wirtschaftswunders Amerika, Tormow —, die bereits das Ende der Krise und den Beginn eines neuen Aufschwungs vor sich sehen. Auf irgendwelche Tatsachen stützen sich ihre Prophezeiungen nicht. Die Krise geht weiter und verschärft sich von Monat zu Monat und in der letzten Zeit von Woche zu Woche.

Die allgemeine Pleite äußert sich in den verschiedensten Formen. Am krasssten tritt sie dort in Erscheinung, wo es sich darum handelt, die Opfer der Krise zu registrieren und wo die letzten, kaum mehr ernstgemeinten Versuche gemacht werden, den wachsenden Strom von Elend und Entbehrung einzudämmen. Mit jedem Tage mehr tritt er über die Ufer behördlicher Reglementierung und mit jedem Tage mehr wächst die Erbitterung immer größerer Massen.

Man braucht nur in eines der Berliner Bezirksämter zu gehen, wo die ganzen sozialen Maßnahmen bearbeitet werden, um einen Begriff von dem Anwachsen der kommunalen Pleite zu bekommen. Hier spiegeln sich alle Symptome der wachsenden Krise in ihrer direktesten Gestalt wieder. Zunächst eine Tatsache:

Weder Fabrikanten, noch Geschäftsleute, noch Kleingewerbetreibende zahlen heute ihre Steuern. Vor allem die Großen sabotieren offen und verstehen es auch glänzend, sich zu drücken. „Was soll man mit ihnen machen? Wenn wir die Maschinen pfänden, erhalten wir noch lange kein Geld!“ erklärte ein Bearbeiter der Steuerangelegenheiten. In einem Monat sind auf einem Bezirksamt 90 000 Stundungsanträge eingelaufen, deren Bearbeitung eine ungeheure Vergeudung von Kraft und Arbeit erfordert, ohne daß praktisch etwas herauskommt.

Wie auf allen Gebieten, sind die Arbeiter auch als Steuerzahler diejenigen, die die Kosten der Krise bezahlen: ihre Steuern werden am Lohn tag einbehalten und abgezogen. Alle andern Schichten der Bevölkerung drücken sich heute vor Steuerzahlen, zum Teil weil sie nicht zahlen können, wie ein großer Teil des Mittelstandes, und zum andern weil sie nicht zahlen wollen. Die Kosten des staatlichen und vor allem des kommunalen Steuerapparates sind häufig höher als das, was er einbringt.

Das ist die eine Seite der wachsenden kommunalen Pleite. Die andere, das sind die unhaltbaren Zustände auf dem Gebiet des Wohlfahrtswesens. Grauenhafte Elendsbilder spielen sich auf allen Berliner Wohlfahrtsämtern täglich ab, und täglich werden die Bestimmungen noch weiter verschärft, nach denen die ausgeplünderten aller Berliner Proletarier noch weiter entrechtet werden.

An die großen Fabrikanten, die keine Steuern bezahlen, an die kann man nicht ran-

aber den Wohlfahrtsempfängern vom Lebensnotwendigen noch einen Teil abzuschneiden, dazu reicht die Macht der Berliner Kommune aus!

## Faschisten-Rummel

Zu 14 Massenveranstaltungen hatten die Nazis am Freitagabend unter der Parole „Sozialistische Gerechtigkeit“ in Groß-Berlin aufgerufen. Doch wenn alle so aussahen wie die in den Teltower Festälen, dann steht es mau um die Herrlichkeit des Dritten Reiches.

„Wir haben im Dritten Reich auch kein Zaubermittel für die Lösung der Arbeitslosenfrage. Wir werden es aber mit der Massen-

# 11 Tarife gekündigt!

### Jetzt kommen die Angestellten dran!

Das Unternehmertum bereitet seinen Winterfeldzug in großem Maßstabe vor. Nicht weniger als 11 Tarife Groß-Berliner Angestelltengruppen werden mit dem Letzten dieses Monats gekündigt.

Es kündigten die Berliner Metallindustriellen den Gehaltstarif ihrer Angestellten zum 31. Dezember.

Die lederverarbeitende Industrie, die Tapissierfabrikanten, die Färbereien und Chemischen Waschanstalten, die Kartonagenindustrie, die Asphaltindustrie und die Fachgruppe der Verbandsmittelhersteller, die Briefumschlagfabrikanten, der

retten und 4000 Zigarren einbrachte, und der Einbruch in der Apotheke in der Müllerstraße, wo ihnen u. a. Gifte und Rauschgifte in die Hände fiel, die dem geheimen Rauschgift-handel zugeführt wurden. Sie behaupten allerdings, die Gifte unabsichtlich gestohlen zu haben, da sie von dem guten Tokajer in der Apotheke so betrunken waren, daß sie erst am nächsten Morgen entdeckten, was sie eigentlich alles geklaut hatten.

Die Führer Heinrich und Max Weggen wurden zu 3 Jahren 9 Monaten und 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafen ihrer Helfer und Hehler schwanken zwischen 1 Monat und 2 Jahren Gefängnis.

## „Der Mensch ist gut . . .“

Einen unentschuldbaren Rohheitsakt hat sich der 44jährige Würstlhändler Gustav Lippisch zu Schulden kommen lassen. In den Spätnachmittagsstunden wurde in Nikolasee auf der Potsdamer Chaussee der 13jährige

zwangsarbeit versuchen. Wir schaffen die Frauenarbeit ab. . .“ Ueber dem Referenten, „Pg“ Heermann, hielt eine fleißige Stenotypistin — ein lebendiger Beitrag zum Kapitel Frauenarbeit — die unsterblichen Worte des Pg fest.

O, ihr lieben Wunderdoktoren des Dritten Reiches, wie ehrlich seid ihr doch, wenn eure Klappe einen Augenblick lang mit den Lügen, Verdrehungen und Phrasen innehält. Es bleibt dann wirklich nichts andres übrig: fauler Soldatenzauber, ehrgeizige, abgedankte Offiziere.

## Weddingkolonne hochgegangen

Die Einbrecherbande, die unter Anführung der Brüder Weggen in 14 Tagen sechs schwere Einbrüche fertigbrachte, wurde jetzt vom Schöffengericht Wedding abgeurteilt.

Ihre Hauptleistungen waren ein Einbruch in ein Zigarrengeschäft, der ihnen 6000 Ziga-

gesamte Buchhandel, die Mützenfabrikanten und die Filmindustrie.

In 11 großen Fachgruppen kündigt die Unternehmerschaft den Angestelltentarif. Es ist nicht anzunehmen, daß die Tarifkündigung vorgenommen wird, um die wirklich niedrigen Gehälter der unteren Angestellten aufzubessern. Die Tarifkündigung ist die Vorbereitung der Unternehmer auf den großen Lohnraubfeldzug dieses Winters, auch unter den Angestellten.

Zusammen mit den Arbeitern der Großindustrien müssen sich auch die Angestellten in die gemeinsame Abwehrfront gegen den drohenden Lohnraub einreihen!

Schüler Heinz Brey in schwerverletztem Zustande aufgefunden. Es konnte festgestellt werden, daß der Knabe von einem Auto überfahren worden war. Der Wagenbesitzer und Führer Lippisch hat den Ueberfahrenen zunächst eine Strecke im Wagen mitgenommen und dann hilflos auf der Potsdamer Chaussee ausgesetzt. Glücklicherweise wurde der Knabe bald darauf durch einen Straßenpassanten aufgefunden und dem Hubertuskrankenhaus in Schlachtensee zugeführt.

## Theater und Film

Im Berliner Thalia-Theater wird jetzt von einem Kollektiv arbeitsloser Schauspieler die bekannte Operette „Die Czardasfürstin“ von Emmerich Kalman aufgeführt. Wir freuen uns, feststellen zu können, daß es den Schauspielern hier ohne große Mittel und ohne die Unterstützung eines kapitalkräftigen Unternehmers gelungen ist, eine gute Aufführung zustande zu bringen. Wer die Aufführung besucht, hat für wenig Geld viel Genuß und unterstützt gleichzeitig die Arbeitslosen.

## Aufklärung tut not!

Dafür könnt ihr sorgen, indem ihr die Broschüren des Parteivorstandes vertreibt

## Aus der Mack

### Brandenburgischer Provinzialausschuß

In der letzten Sitzung unter dem Vorsitz des Landrats Dr. Usinger - Jüterbog wurde beschlossen, ein Schiedsgericht gegen die durch die letzte Notverordnung verfügte Gehaltsherabsetzung der Provinzialbeamten anzurufen. — Die Genehmigung zu Baukostenüberschreitungen beim Neubau der Chaussee Erkner-Fürstenwalde wurde erteilt. — Im Rhinluch sollen unter Beteiligung des Staates Verbindungswege von Erwerbslosen gebaut werden. — 70 000 M. sollen, wenn der Provinziallandtag zustimmt, an das „Oberlinhaus“ in Nowawes als Darlehen zum Umbau des Krüppelheims gegeben werden. — Dem Gesetzentwurf auf Verminderung der Sitze im preußischen Staatsrat wurde nicht zugestimmt.

### Rathenow

Schließt die Reihen zum Angriff! Im Afa-Kartell sprach der Bundessekretär Göring über Bemühungen der freien Gewerkschaften in den vergangenen Jahren um eine Besserstellung der Angestellten. In der Gegenwart heißt es auch für die Angestellten, im Klassenkampf gegen den Kapitalismus eine Front mit den Arbeitern herzustellen. Das Ständebewußtsein ist eine lächerliche Angelegenheit bei der fortschreitenden Proletarisierung der Angestelltenschaft. Der Klassenkampf von oben wird mit aller Schärfe geführt. Daß viele Angestellte das nicht sehen und sich von dem Schlagwort „Gegen den Marxismus!“ verwirren lassen, ist bedauerlich. Auch der Nationalsozialismus wird die Auspönerung der Angestelltenmasse nicht hindern. Er ist Diener des Monopolkapitalismus. Die Einheit der freien Arbeitnehmerverbände ist fester Schutzwall gegen den Faschismus. Sie werden es nur sein, wenn sie den Arbeiterparteien gegenüber politische Neutralität bewahren.

### Groß-Wudicke bei Rathenow

Bei einem Kirchendiebstahl wurden hier zwei Berliner Schwerverbrecher ertappt und nach einem kurzen Feuergefecht verhaftet.

### Zauch-Belzig

Krisenunterstützung. In den Orten des Kreises Zauch-Belzig sind von jetzt ab zum Bezüge der Krisenunterstützung berechtigt: 1. Land- und forstwirtschaftliche Angestellte,

# SAP

- Bezirksverband Berlin, Bezirksvorstandssitzung am Dienstag, 1. Dezember, 19 Uhr, im Sekretariat, Wegen der Verlegung der Tagesordnung wird ein neues Tagesprogramm gegeben.
- Ortsgruppe Friedrichshagen, M. A., am Dienstag, 1. 12. 31, abends 19 Uhr, im Lokal Move, Große Frankfurter Straße 85.
- Ortsgruppe Kreuzberg, Funktionärversammlung am Mittwoch, 2. 12. 31, 20 Uhr, bei Meyer, S. 76, Borschstraße 5.
- Ortsgruppe Schöneberg, Abt. Friedenau, Zusammenkunft am Freitag, 4. 12. 31, 20 Uhr, bei Klabe, Friedenau, Handlerystraße 60/61.
- Ortsgruppe Prenzlauer Berg, Der Bildungskursus am Montag, 20. 11., fällt aus, da die Genossen Eubank noch verreist ist. Fortsetzung des Kurses wird bekanntgegeben.
- Ortsgruppe Teltow, Funktionärversammlung am Mittwoch, 2. 12. 31, 20 Uhr, bei Schulz, Földstraße 28.
- Ortsgruppe Lichtenberg, Abt. Mahldorf, Zusammenkunft am Donnerstag, 3. 12., 20 Uhr, im Lokal Moller, Alt-Mahldorf 93. Referent: Genosse Buchwald; Thema: Unser Aktionsprogramm. Leser der SAZ sind eingeladen.
- Schutzbund Pankow, Mitglieder-versammlung am Montag, 30. 11., um 19 Uhr, im Sekretariat, Preussener Allee 41.
- Ortsgruppe Prenzlauer Berg, Die Abteilungsver-sammlungen finden im Dezember erst am Mittwoch, 16. 12., statt.
- Prenzlauer Berg, Sitzung des erweiterten Ortsgruppenvorstandes mit den Bezirkskassierern und Delegierten am Freitag, 4. 12., 19 Uhr, im Lokal Klug, Danziger Straße 71.
- Charlottenburg, Dienstag, 1. 12., 20 Uhr, Dis-kussionsabend, Referent: Gen. Tausche, Bericht über Reise nach Sowjet-Rußland. Ort wird noch am Dienstag bekanntgegeben.
- Ortsgruppe Neukölln, Abt. 1-3, Mittwoch, 2. 12., 20 Uhr, Mitglieder-versammlung bei Löffler, Ecke Ossa- und Weichselstraße. Referent: Gen. Dora Fabian. Thema und Tagesordnung werden in der Versammlung bekanntgegeben.
- Freie Spielleute Neukölln, Übungsstunde jeden Dienstag von 20-22 Uhr bei W. Schenk, Neukölln, Rosenstraße 21. Interessenten für Trom-mel, Flöte, Schlagzeug, werden sehr gern aus-gewählt. — Vors.: Karl Schenk, Karlshagen-straße 18. Techn. Leiter: Richard W. Schultz, Mühlstraße 16.
- Ortsgruppe Tiergarten, Mittwoch, 2. 12., 20 Uhr, beginnt eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Thema „Aktionsprogramm“. Die Arbeitsgemein-schaft tagt wechselnd im Westen und Moabit. Erste Zusammenkunft bei Fest, Steglitzer, Ecke Flottwellstraße.
- Schutzbund Wilmersdorf, Meldungen für den Schutzbund sind schriftlich bis zum 2. Dezember abzugeben an Alfred Peritz, W 15, Bregenzner Straße 10.
- Ortsgruppe Neukölln, Schutzbundstafel, Montag, 30. 11., 20 Uhr, Mitglieder-versammlung, bei Damm, Herzbergstraße 22.
- Ortsgruppe Neukölln, Abt. 4 u. 5, Mittwoch, 2. 12., 19 Uhr, Mitglieder-versammlung, bei Damm, Herzbergstraße 22. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
- Schutzbund Friedrichshagen, Mitglieder-versammlung am Dienstag, 1. 12., im Jugendheim des Ostens, Saal 1, Große Frankfurter Straße 16. Vortrag: „Schutzbund und Polizei“. Beginn 19 Uhr.
- Ortsgruppe Pankow-Niedererschhönewitz, Mittwoch, 2. 12., 20 Uhr, Mitglieder-versammlung bei Lohmann, Mühlstraße 38, Ecke Maximilianstraße, punkt. 20 Uhr, Thema: „Sozialreform oder Revolution“. Referent: Willi Huhn.
- Ortsgruppe Mitte, Mitglieder-versammlung, 2. 12., 19 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12. Tagesordnung: Beratung der Bezirksstatuten und Vorbereitung des Bezirks-parlamentes. Mittelsbuch mitbringen.
- Ortsgruppe Tempelhof-Mariefendorf, Mitglieder-ver-sammlung, Dienstag, 1. 12., abends 19 Uhr, bei Gohlke, Marienfeld, Chausseestraße 42.
- Ortsgruppe Prenzlauer Berg, Friedrichshagen, Pankow, Mitglieder-versammlung am Sonntag, 6. Dezember, abends 8 Uhr, in den Schulhaus-Feiertagen, Schulhaus Allee 129. Es spricht der Genosse Eckstein, Breslau. Thema: „Die werdende Revolution.“

Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes. Berlin NO 55, Prenzlauer Allee 34, 3. Hof. Unsere Bezirksleitung ist jeden Mittwoch und Freitag ab 17 Uhr im Sekretariat.

Heute, Sonntag, 29. November.

- Schöneberg-Friedenau und Westen: 18 Uhr, gemeinsamer Heimabend der Gruppen Schöneberg und Westen. Jugendheim Genthiner Straße 17.
- Pankow: Treffpunkt zur Fahrt, 8 Uhr, Nordbahnhof, Falkenberg: Heimabend.
- Britz: Treffpunkt für die Aktionsbezirksmitgliederversammlung, 17.30 Uhr, Franz-Hörner-Ecke Rudower Straße.
- Aktionsbezirk Süd: 18 Uhr, Heim, Kannerstraße. Aktionsmitgliederversammlung. — 20 Uhr: „Politischer Kabarett“.
- Seletzgruppe „Roter Sturm“, „Rote Plette“. Am Sonntag 1. 12. 31 Uhr, Heim, Tempelhof, Besprechung der LL-Gedenkstunde.

Morgen, Montag, 30. November, 19.30 Uhr. Falkenberg: Lustiges Monatsende. Hansa: Heim, Schleierweg, Ufer 16 Kirche und Prei-denkerverband. Mitte-Nord: „Ernst Toller“: Heim, Elisabethkirchstr. 19 (Schule), Tagespolitik, Monatsrückschau. Mitte-Süd: Tagespolitik mit Gruppe Ernst Toller. Moabit: Heim, Lehrterstr. 18/19. Die Kulturorganisationen der Arbeiterklasse. Reinickendorf: Heim, Kopenhagener Straße 29/11. Unsere Arbeit in den kommenden Monaten. Süd-West: Heim, Schmidt, Chamissoplatz. Alle Ge-nossen müssen kommen. Unterbezirk Charlottenburg: Heim, Kaiserin-Augusta-Allee 97a, Rölland. Es spricht ein SPD-Genosse.

Arbeiter-Abstinenz-Bund, Bezirk Prenzlauer Berg: Zusammenkunft Montag, 30. 11., 20 Uhr, alkoholfreie Gaststätte, Jannaukirchstr. 9. Vortrag des Genossen Ruigg über „Meine Erlebnisse in Wittenau.“

- 2. Arbeiter für Hüttenwesen, 3. Industrie der Steine und Erden, 4. metallverarbeitende Industrie, 5. Spinnstoffgewerbe, 6. Buchdrucker und Kartonnagenarbeiter, 7. Lederindustrie, 8. Holz- und Schnitzstoffgewerbe, 9. Nahrungs- und Genussmittelgewerbe mit Ausnahme der Mülerei und des Getränke-gewerbes, 10. Bekleidungs-gewerbe, 11. Bau-gewerbe, 12. Vervielfältigungsgewerbe, 13. Kunstgewerbe, 14. Theater, Musik, Schaustel-lungen, 15. Verkehrsgewerbe (Ausnahme Post-, Eisenbahn- und Straßenbahnbetriebe), 16. Lohnarbeit wechselnder Art, 17. Maschi-nisten und Heizer aller Art, 18. Angestellte. Ausgeschlossen sind Arbeitslose unter 21 Jahren und die weiblichen Angehörigen der benannten Berufe, soweit sie in der Familie leben. Die Anordnung gilt bis 31. März 1932.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Will Schaber für Inserate: Johannes Hoffmann Verlag: Siegel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H. Druck: Georg Koenig „Hilflich“ in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16

„SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2904 Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16 Tel. Kupfergraben E 2 2905 Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2.40, einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM — 36 Zustell-geld. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM — 36 Zustellgeld. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.80 Porto. Inseratenpreise: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Vertriebsgebiete. Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Siegel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H.“, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7,

# Durch Klarheit zur Einheit!

Mit dem Thema: „Der Weg zur Macht: KPD — SPD — SAP“ hatte der Sozialistische Jugendverband Groß-Berlin alle seine Funktionäre am Donnerstag nach dem Bezirksamt York gerufen. Ueber 300 Genossinnen und Genossen waren anwesend. Referent des Abends war Genosse Fritz Rück.

„Die Zuspitzung der Klassengegensätze in Deutschland, unter deren Einfluß die SAP als selbständige proletarische Organisation entstanden ist, verlangt von uns allen eine klare Aufzeigung der grundsätzlichen und taktischen Fragen. Die prinzipienlose Tolerierung der Regierung Brüning zeigt, daß die SPD nur eine Politik fortgesetzt hat, die seit 1914 für sie Grundlage wurde. Aus einer Arbeiterpartei ist eine kleinbürgerliche Reformpartei geworden. Alle Lehren Hilferdings wie Tarnows sind an den Realitäten der kapitalistischen Wirtschaft zusammengebrochen. Nicht haben etwa diese Führer die Lehren daraus gezogen und umgelernt, wie man bei Marxisten voraussetzt. Nein, konsequent wird ein Weg weitergegangen, welcher die Aktionskraft des Proletariats immer mehr schwächt. Diese Partei der anständigen Leute vertritt nicht mehr die Interessen des Proletariats, sondern ist die Vertreterin des kapitalistischen Systems. Die Grundsatzlosigkeit dieser Partei hat zur Spaltung und zur Hinausdrängung aller proletarischen Kräfte führen müssen. Die SPD kann die Führerin der sozialen Revolution heute nicht mehr sein noch werden. Zwischen ihrer Politik und einer revolutionären proletarischen Politik ist keine Brücke mehr zu schlagen.

Die weitere Tolerierung der SPD bedeutet die Festigung der kapitalistischen Klassenherrschaft und Stärkung der Konterrevolution. In dieser Situation der immer stärker werdenden Klassengegensätze haben die SPD und die KPD verstagt. Hier mußte eine Neuorientierung stattfinden. Die kommunistischen Klassengenossen, die eigentlich berufen sein müßten, die proletarische Klasse zu führen, haben durch die Spaltung der Gewerkschaften allen Einfluß auf Gewerkschaften und Betriebe verloren und haben den Reformisten den ganzen Platz der Beeinflussung überlassen.

Was ist zu tun? Die SAP muß eine Brücke werden um die sozialdemokratischen wie die kommunistischen Arbeiter zu einer Klassenfront zusammenzuführen. Dazu gehört die klare, konsequente Herausstellung eines Programmes.

Die SAP darf keine Partei werden, die Rücksicht zu nehmen hat auf kleinbürgerliche und pazifistische Strömungen. Die SAP steht grundsätzlich auf dem Boden der Diktatur des Proletariats, wie sie Marx begründet, und Lenin weiterentwickelt hat. Auch die Ab-

wehr der diktatorischen Maßnahmen der Bourgeoisie in der Krise, und der Kampf gegen die faschistischen Söldnerbanden der Konterrevolution kann entschlossen und klar nur auf der Basis des Kampfes um die proletarische Diktatur geführt werden.

Eine richtige Klarstellung verlangt das Problem Sowjetrußland. Unsere Haltung zu Sowjetrußland muß bestimmt sein von der Erkenntnis, daß in der Sowjetunion der proletarische Machtkampf zum Siege der proletarischen Klasse führte.

Zwischen KSD und uns bestehen gewisse taktische Gegensätze, im Interesse des Proletariats sind wir immer bereit, eine gemeinsame Kampffront zu bilden gegen Faschismus und jede konterrevolutionäre Bewegung.

Das zu schaffende Programm der SAP muß zu allen aufgeworfenen Fragen eine klare Stellung schaffen. Nur eine Partei wird bestehen bleiben, die die Interessen der proletarischen Masse über alles stellt.

In der Diskussion sprachen die Genossen Spiegel, Borde, Kreßmann.

Die neue Partei muß sich hüten vor Illusionen. Besonders diskutiert wurde die Schaffung der proletarischen Einheit.

Ist die Aufgabe des Sozialistischen Jugendverbandes, im Betrieb, in der Schule, mit den Jungarbeitern zu diskutieren.

Die Funktionärversammlung wurde mit dem Gedanken geschlossen, daß SAP und SJV die Organisationen sind, die für die Einheit der Arbeiterklasse arbeiten.

## Eine Resolution der SAP-Ortsgruppe Neukölln

Die Ortsgruppe Berlin-Neukölln hielt am Freitag eine Mitgliederversammlung ab. Es konnte festgestellt werden, daß die Bewegung in den letzten Wochen einen außerordentlichen Aufschwung genommen hat. Das Referat über „Die werdende Revolution“ hielt der Genosse Schaber. Der Referent legte eindeutig die Prinzipien unserer Partei dar. Einstimmig nahm die Versammlung folgende Entschlußfassung an:

„Die Genossen der Ortsgruppe Neukölln fordern vom Parteivorstand, daß sich die Parteipresse in ihrer politischen Diskussion auf den Boden der Gründungskonferenz stellt, die forderte, daß sich die Partei eindeutig zum revolutionären Marxismus bekennt. Als Konsequenz daraus ergibt sich die Ablehnung aller pazifistischen Illusionen in Theorie und Praxis.“

## Franz / Die Geschichte einer Zeitungsbesetzung Von Gustaf Sauber

Um sieben Uhr abends marschierte ein Trupp von 50 Mann, Arbeiter in Zivilkleidern und Felduniformen, in den Hof des Zeitungsgebäudes ein. Ohne Kommando und Griffe wurden die Gewehre abgenommen. Franz postierte vier Mann an jeden Eingang mit der Weisung, alle Personen, die zum Personal gehörten, ungehindert passieren zu lassen, sonst niemand Eingang zu gewähren und beim Anrücken von Regierungstruppen die Türen zu schließen und ihm Meldung zu erstatten.

Die Telephonzentrale wurde mit einer Genossin besetzt, die den Zug begleitet hatte, in jedes Redaktionszimmer ein Doppelposten gesteckt. Dann ging Franz zum Geschäftsführer.

Er wußte noch nicht genau, was er von diesem verlangen sollte. Die ganze Expedition war etwas plötzlich, aus einem raschen Entschluß heraus, entstanden. Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte in stürmischer Sitzung beschlossen, eine bürgerliche Druckerei zum sofortigen Druck der Extraausgabe der revolutionären Zeitung zu verpflichten. Franz hatte nach Bekanntmachung des Beschlusses seine Abteilung des Roten Soldatenbundes in Marsch gesetzt. Er war in solchen Situationen immer für den raschesten und direktesten Weg.

Nur diesem Geschäftsführer gegenüber war er im ersten Augenblick etwas hilflos. Der Widerstand fehlte, an dem sich seine Energie entflammen konnte. Alles was bisher ohne jeden Widerstand abgelaufen. Der Zeitungsbetrieb lief weiter, unbekümmert darum, daß fünfzig bewaffnete Arbeiter auf den Gängen und Treppen umherstanden. In zwei Monaten hatte sich die Bourgeoisie bereits an den unruhigen und mit Zwischenfällen verbundenen revolutionären Zustand gewöhnt, sie witterte den kommenden Sieg der Konterrevolution, die sie heimlich mit allen Kräften unterstützte, während sie sich öffentlich auf Lawieren und Abwarten verlegte.

So freundlich, wie ihm dies nur möglich war, trat der Geschäftsführer der größten bürgerlichen Zeitung am Ort dem Vertreter der revolutionären Macht entgegen.

„Was führt Sie zu mir?“ fragte er, so, wie er sonst Vertreter von Papierfabriken und Schriftgießereien fragen mochte, bevor sie ihm ihre Angebote machten.

„Die proletarische Klasse hat durch ihr Exekutivorgan, den Arbeiter- und Soldatenrat, mich beauftragt, Ihr Zeitungsunternehmen zu besetzen mit bewaffneten Kräften. Ohne unsere Zustimmung geschieht von jetzt ab nichts in dem Gebäude. Ob wir das Erscheinen Ihrer Zeitung gestatten werden, hängt von Beschlüssen ab, die wir Ihnen noch mitteilen werden. Jeden konterrevolutionären Versuch, den Beschlüssen des A- und S-Rates entgegenzuhandeln oder andere zu Maßnahmen aufzustacheln, die dem Zwecke der Besetzung entgegengerichtet sind, werden wir im Keime ersticken.“

Der Direktor wurde etwas kleiner und unscheinbarer hinter seinem Schreibtisch.

„Aber ich bitte Sie, wer wird denn einen Konflikt heraufbeschwören? Wir sind politisch anderer Meinung, gehören zu den von Ihnen so gehaßten Bourgeois, aber wir sind vernünftig genug, uns den augenblicklichen

Machtverhältnissen unterzuordnen. Nur um eines muß ich Sie bitten: teilen Sie mir innerhalb einer halben Stunde den Beschluß des A- und S-Rates mit und veranlassen Sie bis dahin Ihre Leute, mein Personal nicht in seiner Arbeit zu stören. Auch würde ich gerne mit einem der bekannteren Führer des A- und S-Rates sprechen.“

Franz lachte. Das letzte können Sie sich schenken. Ich denke, diese Legitimation — er schlug auf den umgeschnallten Armeerevolver — „ist Leuten Ihrer Klasse gegenüber die wirksamste. Im übrigen werden wir Ihre Wünsche dann erfüllen, wenn sie sich nicht mit unseren Absichten kreuzen.“

Nach Zurücklassung eines Posten verließ Franz den Geschäftsführer. Er wußte, weshalb dieser einen der politischen Führer des A- und S-Rates sprechen wollte. Franz witterte ein Kompromiß, einen Rückzug, und er war doch losgezogen mit seiner Truppe, um endlich dieses schrittweise Zurückweichen zu beenden, um einen Ruck der revolutionären Kräfte nach vorwärts anzubahnen.

Da kamen sie schon. Die Tür zum Vorzimmer des Geschäftsführers, in dem er seine Ueberlegungen anstellte, wurde aufgerissen und mit der Aktentasche unterm Arm traten zwei Mitglieder des engeren Ausschusses des A- und S-Rates ein.

„Was ist hier los?“ fragte der eine. „Wir haben das Gebäude besetzt, um eins der bürgerlichen Lügenmäuler zu stopfen und um das Erscheinen der vom A- und S-Rat beschlossenen Extraausgabe zu sichern.“

„Aber davon war in dem Beschluß nicht die Rede. Wir verlassen damit den Boden des Rechts und geben der Regierung einen willkommenen Anlaß, mit Gewalt gegen uns vorzugehen. Die Besetzung muß sofort rückgängig gemacht werden.“

„Die Besetzung wird nicht rückgängig gemacht“, erwiderte Franz ruhig und zündete eine Zigarette an.

Vier Stunden später standen die fünfzig Arbeiter mit schußfertigen Gewehren und Revolvern hinter den Fenstern der Redaktionszimmer und beobachteten den freien, menschenleeren Platz vor dem Zeitungsgebäude. Sie wußten, daß in den Seitenstraßen drei Kompagnien Sicherheitssoldaten mit Maschinengewehren, Minenwerfern und Scheinwerfern standen, die nicht stürmten, weil auf die letzte Aufforderung zur Räumung des Gebäudes noch keine Antwort eingetroffen war.

Die Stadt lag wie ausgestorben. Noch um neun Uhr hatten Tausende von Arbeitern vor dem besetzten Hause gestanden und ihren bewaffneten Klassengenossen zugejubelt. „Morgen früh kommen wir wieder!“ riefen sie eine halbe Stunde später zu den Fenstern hinauf und gingen in ihre Wohnungen, um zu schlafen.

Nach der Drucklegung der Extraausgabe waren auch die verantwortlichen politischen Leiter einer nach dem andern verschwunden. Franz blieb mit seinen fünfzig Mann und einigen andern Genossen auf Posten. Er spürte, daß diese Nacht entscheidend war über

Sieg oder Niederlage der Revolution. In Berlin wurde schon über eine Woche auf den Straßen gekämpft, Noske war einmarschiert, und aus den Demonstrationen gegen die Absetzung des revolutionären Polizeipräsidenten Berlins war die Abwehr des Kesseltreibens gegen Spartakus geworden. Und überall im ganzen Reiche war Berlin!

Die Führer der Konterrevolution waren in dieser Nacht nicht nach Hause gegangen und die aus früheren Offizieren zusammengesetzten Freiwilligenkompagnien hatten sich nicht schlafen gelegt. Sie waren in die Stadt marschiert, ohne erst den Befehl der Regierung abzuwarten.

„In einer Viertelstunde stürmen wir!“ hatte der kommandierende Offizier dem Abgesandten der Regierung mitteilen lassen, der eine freiwillige Räumung dem nächtlichen Kampfe vorgezogen hätte.

Die Eingeschlossenen hielten im Zimmer des Chefredakteurs Beratung. „Widerstand ist zwecklos und bedeutet, daß unsere braven Genossen Mann für Mann niedergemacht werden. Die Studenten brennen darauf, einmal wieder die Herren zum spielen und Arbeiter totzuschlagen“, sagte einer der Genossen.

Ein anderer stimmte zu. „Unsere Lage ist hoffnungslos. Wir haben fünfzig Mann mit fünfundsiebzig Gewehren und fünf Armeerevolvern. Bei gleichmäßiger Verteilung der Munition fünf Patronen für jedes Gewehr und zehn Schuß für jeden Revolver. Unten stehen sechshundert Mann mit zehn Maschinengewehren und Munition, die dazu ausgereicht hätte, einen Schützengraben vier Wochen lang zu verteidigen. Sie werden unsere Leute weg-rasieren.“

Franz hatte bisher schweigend zugehört, jetzt griff er auch ein ins Gespräch. „Rein militärisch gesehen, habt ihr recht. Aber es gibt noch etwas anders. Wir sind auf vorgeschobenem Posten, doch in der Nähe einer mit uns fühlenden, zu uns gehörigen Armee. Wenn die ersten Schüsse knallen, muß die Stadt aufwachen, müssen die Straßen zu leben beginnen, sind wir eine Welle des brausenden Orkans, die die drei Kompagnien Soldaten wegfeigen wird. Die Arbeiter wissen, um was es geht.“

„Sie wissen es nicht. Sonst säßen wir jetzt nicht hier, eingeschlossen und isoliert. Auch wir haben nicht gewußt, daß die Entscheidung so rasch heranreifen kann. Wir erleben diese Nacht einen Versuch, der zurückflutenden Welle einen Damm entgegenzusetzen. Unsere Leiber sollen dieser Damm sein. Werden sie ausreichen? Sie werden es nicht. Wird unser Widerstand in dieser Stunde etwas aufhalten können? Er wird den Sieg der Konterrevolution beschleunigen. Darum — keine falsche Sentimentalität, keine Heldenpose. Keine Opfer ohne ausreichende Notwendigkeit. Wir kapitalisieren nicht, aber wir können auch nicht kämpfen. Gib Befehl, daß alle Leute sich in diesem Zimmer versammeln und daß kein Schuß von unserer Seite abgegeben wird.“

Innerlich widerstrebend, aber unfähig, dieser kühlen Logik des Kameraden zu widerstehen, von dem er wußte, daß er kein Feig-

ling war und keine Gelegenheit zum Handeln vorübergehen ließ, gab Franz den Befehl, alle Posten einzuziehen.

Zehn Minuten später brachen die Sicherheits-soldaten die Türen ein. Die fünfzig Arbeiter der Besetzung versammelten sich im zweiten Stock und sangen die Internationale. Als zwei Offiziere mit schußbarem Revolver den Gang betraten, ging ihnen Franz entgegen und sagte: „Wir leisten keinen Widerstand.“ Als erster wurde er mit einem Fußtritt die Treppe hinunterbefördert und unten durch eine Gasse brutaler Männerfäuste zum Ausgang geprügelt.

## Kleines Feuilleton

### Mumien als Heizmaterial

Die Bestimmung der ägyptischen Pyramiden war lange Zeit hindurch ein Rätsel für die wissenschaftliche Welt. Erst vor weniger als einem Jahrhundert brachte der Fund einer koptischen Handschrift Klarheit in dieser Frage. Dort war zu lesen, daß die Pyramidenform die den Gräbern der Könige von Ägypten allein angemessene sei, wie die gelbe Farbe früher einmal den chinesischen Kaisern vorbehalten war. Die Obelisk, Pfeiler und anderen Gedächtnismale waren dem Andenken der Prinzen, Minister und Priester gewidmet. Das Volk selbst hatte keinen Anspruch darauf; die Leichen wurden einfach nach dem religiösen Zeremoniell einbalsamiert und in den endlosen Steinbrüchen der lybischen Berge ausgesetzt, wo ehemals eine ungeheure Anzahl von Mumien zu finden war, so daß die Engländer schließlich auf den Einfall kamen, die Behörden um die Erlaubnis zu bitten, mit den Mumien — die Schiffskessel zu heizen.

### Ein November, in dem Insekten und Pflanzen erwachen

Die Oststaaten Amerikas erleben gegenwärtig eine ungewöhnliche Wetterperiode, die bereits seit einer Woche andauert und wahrscheinlich noch tagelang anhalten wird. In New York und anderen Großstädten der Vereinigten Staaten spazieren die Frauen mit Sonnenschirmen herum, und das Geschäft mit Wintersachen ist vollständig zum Stillstand gekommen. In vielen Plätzen des Ostens wurde ein Höchststand der Novembertemperatur mit 22,2 Grad Celsius erreicht. In den Gärten New Yorks erwärmen Schmetterlinge, brüten Moskitos und haben die Rosensträucher Knospen angesetzt. Viele Bäume dürften infolge dieser unnatürlichen Blüteperiode im nächsten Sommer keine Früchte tragen. An manchen Orten hat man bereits zum zweitenmal Erdbeeren geerntet, und Coney Island, New Yorks größter Vergnügungspark, der sonst schon im Oktober stillgelegt wird, ist zur Zeit so besucht wie an irgendeinem schönen Sommersonntag.

### Nützliche Erdnußschalen

In Südafrika, wo die Erdnuß stellenweise in großen Mengen wächst, werden die Schalen dieser Nüsse seit einiger Zeit als Heizmaterial für Dampfmaschinen verwendet. Da sie sich hierzu gut eignen, will man nunmehr die Erdnußschalen auch zum Betrieb der Dynamomaschinen zu verwenden versuchen, die den elektrischen Strom zur Beleuchtung einer Stadt erzeugen sollen.

## Die in ihre Hände fallen...!

ROMAN von JUSTIN RICHTER

Copyright by Uebersetzungsverlag Rudolstadt

12. Fortsetzung.

Einmal saßen sie im Posthof beim Frühstück. Von einem benachbarten Tisch kam ein Herr auf sie zu.

„Ich täusche mich doch nicht, Sie sind der Kollega Geyer aus Weinburg?“

„Helmshorst“, fuhr dieser erstarrt auf, „das ist aber nett, daß Sie hier sind. Wann sind Sie denn gekommen? Sind Sie allein? Setzen Sie sich doch her zu uns.“

Helmshorst war Rechtsanwalt in Frankfurt. Er hatte beruflich mit Dr. Geyer in Weinburg zu tun und hatte dabei auch dessen Freundin kennengelernt.

Man sprach von alten Erinnerungen. Auf einmal fiel Helmshorst etwas ein.

„A propos“, sagte er, „unlängst ist Ihr Name einmal auf meiner Kanzlei genannt worden. In großer Dankbarkeit. Sie seien der einzige Mensch, der ein Herz im Leibe hat, hat jemand von Ihnen gesagt. Es war ein armes, unglückliches Geschöpf, eine Prostituierte. Wie hieß sie nur schnell? Ach ja, Wolf, Betty Wolf. Ich habe sie verteidigt. Es war eine verdammt unglückliche Geschichte. Das Mädchen kam nach Frankfurt und ist auf die Straße gegangen, ohne sich überhaupt um die polizeilichen Vorschriften zu kümmern. Sie war so naiv, daß sie gar nicht gewußt hat, daß Prostituierte gewissen Festschränkungen und Vorschriften unterworfen sind. Natürlich hat's nicht lange gedauert, bis sie angezeigt war, wegen Ueber-

tretung der sittenpolizeilichen Vorschriften. Da kam sie dann zu mir zur Verteidigung. Sie hat mir ihren ganzen Lebenslauf erzählt. Dadurch hat sie auch Sie erwähnt. Helfen konnte ich ihr nicht. Das Gericht hat sie zu acht Tagen Haft verurteilt. Daraus hat sie sich nicht viel gemacht, aber sie fürchtete, und nicht um Unrecht, daß sie jetzt wieder in die Erziehungsanstalt gebracht wird. Am Tage nach der Verhandlung ist sie in den Main gegangen. Bei Mainz hat man ihre Leiche gelandet.“

Eine peinliche Stille entstand. Hedis Gesichtchen war tränenerfüllt.

„Die Behandlung der Prostitution“, meinte Helmshorst, „ist bei uns etwas ganz Verkehrtes. Prostituierte sind vogelfrei. Ihnen erkennt man die Menschenwürde ab, und dabei sind sie in der Mehrzahl gar keine verworfenen, sondern nur unglückliche Menschen. Das ist's, was unserer Zeit fehlt, die Achtung vor der Menschenwürde. Es dürfte nicht sein, daß von Gesetzes wegen irgendwelche Menschen als minderwertig gestempelt werden, und daß jeder, insbesondere jeder Polizeibeamte, nach Willkür mit ihnen schalten darf.“

„Das ist noch nicht einmal das Schlimmste“, war Dr. Geyers Meinung, „aber der Unfug, der mit der Prostitutionsgesetzgebung verübt wird, das ist arg. Jeder Kerl, der einer Frau etwas antun will, braucht einfach an die Polizei zu schreiben, sie sei eine heimliche Prostituierte, und sofort ist die Polizei da, und wenn sie weiter nichts tut, so schleppt

sie die Frau doch wenigstens zur amtsärztlichen Untersuchung. Was damit für ein Schaden angerichtet wird, kann man gar nicht schildern. Nicht nur die Prostituierten sind bei uns vogelfrei, die Frauen überhaupt, weil eben jede, selbst die anonyme und die allerniederträchtigste Denunziation genügt, um sie wie eine Prostituierte zu behandeln. Es soll übrigens besser werden. Dem Reichstag liegt zur Zeit ein Gesetzentwurf vor, der mit der ganzen bisherigen Regelung aufräumen will.“

„Das wäre ein Segen für die Menschheit“, sagte Helmshorst, „aber solche Fälle wie der der Betty Wolf werden dadurch doch nicht vermieden. Da liegen die Ursachen tiefer, da liegt die Schuld an der Fürsorgeerziehung. Die Einrichtung der Fürsorgeerziehung ist der größte Mißstand, den es in der deutschen Gesetzgebung gibt.“

„Das ist richtig“, pflichtete Dr. Geyer bei. „Es trifft nur die Kinder des Proletariats. Ich habe noch nie ein Kommerziärskind gesehen, das in die Fürsorge gekommen ist. Da versucht man so etwas gar nicht. Beim Proletariat aber scheut man sich nicht, die Kinder von den Eltern loszureißen und ihnen das ganze Leben zu verderben. Angeblich zum Schutze gegen Verwahrlosung. Aber was verstehen denn die Anwender des Gesetzes unter Verwahrlosung? Meistens sind es alte, vertrocknete Jungfern oder scheinheilige Betschwestern, die bei den Jugendämtern als angebliche Fürsorgeschwestern tätig sind, Frauen, die vom Leben stiefmütterlich behandelt worden sind, mit körperlichen Gebrechen oder ohne jeden weiblichen Reiz; ihnen war zeitlebens der Geschlechtsgenuß versagt, weil ihnen — es fehlt, was sie für den Mann begehrenswert hätte erscheinen lassen. Und die sollen dann über die heranwachsende Jugend wachen. Ihnen erscheint jede Regung des Geschlechtstriebes als Verwahrlosung. Darin

liegt die Wurzel alles Uebels. Und bei Gericht ist die Auffassung nicht viel besser. Als Jugendrichter ist gewöhnlich einer der ältesten Richter tätig. Impotent natürlich, ohne Verständnis für die Jugend, mit verschrobener Sittlichkeitsbegriffen und weltfremd wie alle. Der ist dann auch davon überzeugt, daß Jugendliche vom Geschlechtsleben überhaupt nichts wissen dürfen. So wird die sogenannte Jugendfürsorge in Wirklichkeit ein Kampf gegen den Geschlechtstrieb, und dabei ist doch gerade im Alter von siebzehn Jahren der Geschlechtstrieb am drängendsten. Wenn nicht die ganze Fürsorgeerziehung aufgehoben wird, so müßte zum mindesten im Gesetz mit aller Schärfe betont werden, daß geschlechtliche Betätigung eines Jugendlichen nicht als Verwahrlosung betrachtet werden darf, und daß nicht aus diesem Grunde ein Jugendlicher in die Erziehungsanstalt eingeschafft werden darf. So war es doch bei der Betty Wolf. Bei der lag nicht die geringste Spur von Verwahrlosung vor und nicht die geringste Gefahr, daß sie, dem natürlichen Drang nachgebend, Geschlechtsverkehr gehabt hat, und deshalb mußte dieses Menschenleben geopfert werden.“

„Die Stellung des Gesetzes zum Geschlechtsleben überhaupt ist ein dunkles Kapitel“, meinte Helmshorst, „da würde der Staat am besten ganz und gar die Hände davonlassen. Am allerwenigsten kann man da mit sogenannten Erziehungsmaßnahmen eingreifen. Erziehen kann man überhaupt nur Menschen, die noch nicht geschlechtsreif sind. Es ist Wahnsinn, zu glauben, daß man durch Erziehung jugendliche Personen zur Unterdrückung der Geschlechtstriebe bringen kann. Man kann nur den Geschlechtstrieb in perverse Bahnen lenken, das ist das Ergebnis der staatlichen Erziehung.“

(Fortsetzung folgt)



# Um die rote Einheitsfront

**Massenaufgebot der Arbeiterschaft — 5000 Versammlungsteilnehmer — Versammlung 45 Minuten vor Beginn polizeilich gesperrt — Die Arbeiterschaft hört teilweise scharfe Auseinandersetzung mit mustergültiger Sachlichkeit und Kameradschaft an**

Am Freitag abend hatten sich in Breslau über 5000 Proletarier zu einer Diskussionsversammlung zwischen der KPD und SAP im Zirkus Busch zusammengefunden. 45 Minuten vor Beginn wurde die Versammlung von der Polizei gesperrt. Tausende mußten umkehren. Seit langem hat Breslau keinen solchen Massenaufmarsch der Arbeiterschaft gesehen — er dürfte dem Bürgertum zur Warnung dienen!

Unter den Klängen der Schalmeyen des Schutzbundes marschierten die roten Fahnen und Banner der SAP und KPD ein. Versammlungsleitung, Ordnerdienst, Redezeit waren paritätisch. Als Hauptreferenten sprachen für die SAP Genosse Klaus Zweiling, für die KPD Genosse Werner Hirsch. In der Diskussion redeten die Genossen Wiedmaier (KPD), Eckstein (SAP), Gallinath (KPD) und Ziegler (SAP). Als Redezeit für das Schlußwort war für beide Parteien je 30 Minuten angesetzt. Die Versammlung begann schon vor 19 Uhr und endete 23.10 Uhr.

Von beiden Parteien wurden klar und manchmal mit großer Schärfe, aber immer sachlich und in proletarischer Kameradschaft die Grundsätze ihrer Organisation herausgearbeitet. Obgleich es zuerst den Anschein hatte, daß die KPD die Frage der Einheitsfront auf dem Boden gleichberechtigter Zusammenarbeit aufrollen werde, machten dann leider die Redner der KPD in unzweideutiger und demagogischer Weise Reklame für ihre Partei. Das wirkliche Programm der Einheitsfront wurde von ihnen unsachlicher Weise vollkommen in den Hintergrund gestellt. Die KPD versuchte, die Frage mit der sehr bequemen, aber der heutigen Situation nicht entsprechenden Formel „Her zu uns“ zu lösen.

Die Genossen Zweiling, Eckstein und Ziegler hatten leichtes Spiel, die Angriffe und Äußerungen der KPD abzuwehren und unsere Auffassung auseinanderzusetzen. Aufgabe der SAP ist, alle in Stumpfheit und Dummheit verharrenden und im Lager der Konterrevolution stehenden Massen zum einzigen Ziele der proletarischen Revolution in Bewegung zu setzen. Wenn es heute seit dreizehn Jahren zum ersten Male möglich ist, daß man in so sachlicher und kameradschaftlicher Weise diskutiert, so verdankt man das lediglich der Tatsache des Bestehens der SAP.

Die SAP hat gerade die Aufgabe, alle Indifferenten, alle von der KPD und SPD Enttäuschten aufzufangen, und ist dadurch zu einer wirklichen Massenpartei bestimmt.

Bisher haben sich die proletarischen Parteien

nur gegenseitig bekämpft und keine hat sich um die andere gekümmert. Die politische Bedeutung der Versammlung war, daß es von nun an anders sein wird, daß jeder das hören soll, was der andere zu sagen hat, daß beide Parteien von einander lernen und die Kritik der anderen fruchtbringend annehmen werden und sollen. Die KPD wird und muß uns aber als Partei und Organisation anerkennen, ehe wir an die wirkliche proletarische Einheitsfront gehen können. Die KPD wird sich umstellen müssen, denn der Kampf wird uns zusammenschweißen, und die Führung wird diejenige Partei haben, deren Prinzip sich im Kampfe bewährt hat. Von Komitees und Einheitskongressen halten wir nicht viel. Wir gehen mit der KPD in vielen Punkten einig. Nicht einig sind wir aber in der Frage der Gewerkschaften, die die KPD in Breslau durch sinnlose gehässige, des Proletariats unwürdige Beschimpfung und Verunglimpfung unseres Genossen Ziegler zu lösen versuchte. Wir sind nicht einig (neben vielen anderen Fragen) in der Frage der Organisation, da unsere Partei auf der Masse selbst aufgebaut ist, da die Führung unserer Organisation in den Händen der Massen selbst liegt.

## KPD für Zusammenarbeit mit SAP

Chemnitz, 27. November.

Nach der Weckerle-Versammlung, die schon dadurch ein historisches Ereignis darstellte, als es zum ersten Mal gelang, die Arbeiterschaft aller politischen Richtungen wieder zusammenzuführen, folgte gestern eine gleiche Veranstaltung, die diesmal vom SJV Chemnitz ausging und wiederum die Parteimauern durchbrach. Genosse Sternberg-Berlin sprach über „Weltwirtschaftskrise, Faschismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse“.

Das Referat des Genossen Sternberg machte einen so tiefen Eindruck auf die Versammlung, daß sich selbst der Führer der Chemnitzer Kommunisten, Genosse Sindermann, dem nicht entziehen konnte. Seine Rede klang anders als vor 14 Tagen im „Kapitol“. Er betonte ausdrücklich, daß er mit der ökonomischen Analyse des Genossen Sternberg völlig konform gehe und daß die KPD bereit sei, mit der Sozial-Arbeiterpartei gemeinsam überall Schulter an Schulter Abwehrkartelle

Trotz alledem wollen wir aber Schulter an Schulter mit der KPD zum gleichen Ziele, damit die Welle des Faschismus nicht über uns zusammenschlägt. Die Versammlung erbrachte den Beweis,

daß die Einheitsfront auf dem Marsche ist.

daß die KPD- und SAP-Arbeiter, auch wenn sich die KPD-Führung zunächst noch widersetzt und sträubt, bereit sind, wenn es sein muß über den Kopf ihrer Führer hinweg, sich zur Einheitsfront zusammenzuschließen. Die Einheitsfront muß kommen und sie muß rechtzeitig kommen, damit die deutsche Geschichte nicht ihr unerbittliches „zu spät“ sprechen kann. Wir von der SAP bejahen die Einheitsfront!

So wurde die Versammlung zu einer ersten Warnung an das Bürgertum und den Faschismus.

(Einen eingehenden Bericht und unsere ausführliche Stellungnahme zu den Vorschlägen der KPD bringen wir am Dienstag im Lokalblatt Breslau-Schlesien.)

gegen den Faschismus zu organisieren.

In seinem Schlußwort konnte Genosse Sternberg unter dem Beifall sämtlicher Versammlungsteilnehmer feststellen, daß es der SAP auch in Chemnitz gelungen ist,

die gemeinsame Front der Arbeiterschaft gegen den Kapitalismus vorzubereiten.

Wenn die KPD das wahr macht, was Genosse Sindermann ankündigte, dann ist ein wichtiger Schritt getan, um über alle Parteischattierungen hinaus gemeinsam den Abwehrkampf zu organisieren.

Unsere Jugend und Bewegung hat aus dieser Versammlung neue Kräfte gewonnen, denn sie spürt, wie sich die SAP bereits darin auswirkt, die Arbeiterschaft, die hinter den Drahtzäunen der alten Parteien: SPD und KPD verschauelt war, einander zu nähern und wie so die SAP ein organisatorischer Ausdruck ist für die überall zutage tretenden Regungen der Arbeiterschaft, gemeinsam gegen den Faschismus zu kämpfen.

# Eine für Viele

Die „Kölnische Zeitung“ zur Laval-Rede

Statt eines Auszugs aus den zahlreichen jetzt vorliegenden Pressestimmen zur Rede Laval bringen wir nur eine Äußerung der an sich für deutsch-französische Verständigung (selbstverständlich auf kapitalistischer Basis) eintretenden „Kölnischen Zeitung“, die der Volkspartei nahesteht, aber ein geistig höheres Niveau einnimmt als die Partei „Drehscheibe“. Die Auslassungen sind symptomatisch für die Stellungnahme der deutschen „wohlmeinenden“ Presse.

So schreibt die „Kölnische Zeitung“ u. a.: „Wo stehen wir heute? Laval hat uns gestern maßlos enttäuscht. Ist Laval wirtschaftlich nicht orientiert genug, um hinter den modernen Bauten der deutschen Großstädte die Leere der Geldschränke und Maschinenäle zu erkennen? Ist er wirklich nicht Psychologe genug, um zu wissen, daß gerade Frankreich mit seinen phantastischen Tributforderungen manchem Deutschen den Sinn für meßbare Zahlen geraubt hatte und daß die Folgen dieser „Großmannsucht“, wie er es nennt, sich nicht von heute auf morgen beseitigen lassen? Im Mittelpunkt seiner Rede steht der Satz: „Wenn nach dieser Krise Deutschland wieder zahlungsfähig werden sollte, so würde das im Interesse aller und auch in unserem Interesse liegen — damit wir das, was uns zusteht, bekommen.“ Also an ein Nachgeben in der grundsätzlichen Frage der Reparationen ist nicht zu denken. Eine Woge des nationalen Stolzes auf Frankreichs Stellung und Verachtung für den Schuldner, dem von neuem betrügerischer Bankrott vorgeworfen wird, flutete durch den Saal und wird jetzt tagelang ganz Frankreich erfüllen. Bald werden die Folgen dieser Kundgebungen in dem Widerhall aus Prag und Warschau und vielleicht noch aus anderen Orten spürbar werden. Wollte Laval mit dieser Rede die Stellung der französischen Unterhändler bei den bevorstehenden Reparationsverhandlungen stärken, so wird auch auf deutscher Seite der Widerstand nur hartnäckiger werden. Wollte er, vielleicht seines guten Willens gewiß, seine parlamentarische Stellung stärken, so darf ihn das für seine Person schmeichelhafte Ergebnis der Abstimmung nicht darüber täuschen, daß im deutschen Volke dafür ein starkes Mißtrauen wachgeworden ist. Man spricht viel von eingefrorenen Krediten; das deutsch-französische Verhältnis scheint nach dieser Rede des französischen Ministerpräsidenten ebenfalls restlos eingefroren. Wir werden uns freuen, wenn es dem von Laval selbst angeregten deutsch-französischen Ar-

beitsausschuß in mühevollen Unterhandlungen gelingen wird, die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Völker wieder aufzutauen.“ Dazu ist doch einiges zu bemerken. Die „phantastischen Tributforderungen“ Frankreichs bestehen in einem Anteil an der Reparationsleistung von rund 2 Milliarden Mark. Zweidrittel bis dreiviertel dieser Beträge fließen über Paris nach New York zur Tilgung der französischen Kriegsschulden. 660 Millionen sind „ungeschützte Zahlungen“, die Frankreich und Belgien zur Wiederherstellung der zerstörten Gebiete verwenden sollen. Jeder Nachlaß Amerikas, das bestimmt schon der Youngplan, kommt Deutschland in hohem Prozentsatz zugute und, Laval ließ das deutlich durchblicken, über die Höhe der Abrechnung, d. h. bis zu 100 Prozent, würde man sich leicht verständigen können.

Und wenn heute die „Geldschränke und die Maschinenäle leer“ sind — wessen die Schuld? Sie liegt an den „phantastischen Tributforderungen“, die die deutschen „Wirtschaftsführer“ und ihre Regierungen dem deutschen Volk auferlegt haben. 4 bis 5 Milliarden allein an Hochschutzzöllen, viele Milliarden, die schon in die Zehnerreihe gehen, an Kaufkraftzerstörung durch Lohndruck usw., zehn, zwölf, vierzehn Milliarden — wer weiß es genau? — an Kapitalflucht — das sind Tribute, die das deutsche Volk (wir sagen das Volk!) arm gemacht haben. Und wenn diese Methode, die, um es immer wieder zu betonen, eng zusammenhängt mit dem entschiedenen Willen, unter keinen Umständen Reparationen zu zahlen, wenn diese Methode als betrügerischer Bankrott bezeichnet wird, ja, was ist es denn sonst? Wenn in Deutschland ein „starkes Mißtrauen“ gegen Frankreich wach geworden ist, oder vielmehr künstlich wachgerufen wird, so richtet es sich an die verkehrte Adresse. Mißtrauen, unbedingtes Mißtrauen gegen die eigenen Machthaber, das allein würde helfen. Doch das paßt natürlich nicht der „Kölnischen Zeitung“ und ihresgleichen in den Kram. Weil wir aber die Gründe dafür kennen, werden wir die sicher zu erwartende Beschimpfung (für jeden, der die Wahrheit sagt) „Agent Frankreichs“ mit Seelenruhe entgegennehmen. Denn wir wissen: Nur wenn das deutsche Volk die Wahrheit erfährt wird es sich freimachen können von seinen kapitalistischen Peinigern. Die Methode

der „Kölnischen Zeitung“ freilich wird nicht dabei helfen, sie soll es ja auch nicht! Im Gegenteil!

## Frankreichs Kreditoperationen

Flandin antwortet auf sozialistische Interpellation

Paris, 27. November.

In der Kammer entspann sich heute nachmittags eine lebhaft debattierte zwischen dem sozialistischen Abgeordneten Vincent Auriol und Finanzminister Flandin.

Der Abgeordnete Vincent Auriol bemängelte, daß in der Bilanz des französischen Schatzamtes die ausländischen Regierungen und französischen Banken von der Regierung gewährten Kredite nicht enthalten seien. Er bezeichnete die Gewährung solcher Kredite ohne Ermächtigung des Parlaments als einen Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen und verlangte, daß der Finanzausschuß der Kammer hierüber Bericht erstatte.

Finanzminister Flandin erwiderte, daß sämtliche Kreditbewilligungen vom Ministerrat beschlossen worden seien. Die Regierung und die Bank von Frankreich hätten die gesunde Bankunternehmungen gestützt, und Frankreich habe auf diese Weise die Katastrophen vermeiden können, die über die Vereinigten Staaten, England und Deutschland hereingebrochen seien. Was die den ausländischen Regierungen bewilligten Vorschüsse anlangt, habe die ungarische Regierung 354 Millionen und die südslawische Regierung 250 Millionen erhalten. Zwei weitere Kreditoperationen zugunsten Polens und Südslawiens seien im Jahre 1924 durch besonderes Gesetz beschlossen worden. Flandin sprach auch über die der Bank von England gewährten Vorschüsse in Höhe von 5 Milliarden. Die Politik Frankreichs sei gewesen, den Goldstandard überall da aufrecht zu erhalten, wo es möglich war. Wenn Frankreich von Ländern mit schwankender Währung umgeben gewesen wäre, würde es das Opfer eines ständigen Dumpings gewesen sein. Zum Schluß fragte der Finanzminister den Abgeordneten Auriol, ob er in der gleichen Weise protestiert haben würde, wenn es sich darum gehandelt hätte, der deutschen Regierung Vorschüsse zu bewilligen. Diese Bemerkung löste Beifall auf der Rechten und Lärm bei der Linken aus. Die Weiterberatung wurde auf kommenden Dienstag vertagt.

## Amerikanische Banken zufrieden gestellt

New York, 28. November.

Die am Stillhalteabkommen beteiligten amerikanischen Banken haben heute bekanntgegeben, daß alle bisher ungeklärten Fragen über das gegenwärtige Kreditabkommen ihre Erledigung gefunden haben, nachdem die deutsche Regierung, die Reichsbank, die Golddiskontbank und die deutschen Privatbanken befriedigende Zusicherungen über die strittigen Punkte gegeben haben.

## Die englischen Kredite in Deutschland

London, 27. November.

Eine Umfrage des Clearinghouse der Londoner Banken bei den Banken und Akzepthäusern hat ergeben, daß die Deutschland eingeräumten englischen Kredite am 31. Juli nicht ganz 64 Millionen Pfund Sterling betragen, wovon bis Ende Oktober etwa 55 Millionen Pfund Sterling (etwa 900 Millionen Mark nach dem neuen Pfundkurs) von Deutschland in Anspruch genommen waren. Die Hälfte der Kredite ist gegen Handelsdokumente eingeräumt worden.

## Die spanische Verfassung verabschiedet

Madrid, 28. November.

Die verfassungsgebenden Cortes haben gestern den Verfassungsentwurf, wie er vom zuständigen Ausschuss eingebracht worden war, verabschiedet. Angenommen wurde noch ein Zusatzartikel, der sich mit dem Gerichtshof für die Garantierung der Verfassung befaßt, ferner eine Übergangsbestimmung, daß die gegenwärtige verfassungsgebende Versammlung in geheimer Wahl den ersten Präsidenten der Republik wählen wird. Der Kandidat muß die absolute Mehrheit erhalten, sonst wird ein zweiter Wahlgang notwendig, für den einfache Mehrheit genügt.

Die Cortes haben schließlich in einem Zusatzartikel Rot-Gelb-Violett zu den spanischen Nationalfarben erklärt.

## Menschenschmuggel-Prozess in Amerika

New York, 27. November.

Siebzehn schon vor einigen Wochen wegen Ausländerschmuggels verhaftete Personen sind unter Anklage gestellt worden; darunter befinden sich zwei Rechtsanwälte und mehrere ehemalige Bundesbeamte. Der bereits vor acht Jahren gebildete Ring soll 8000 Ausländer nach den Vereinigten Staaten eingeschmuggelt haben.

Erfolg der Grandi-Beise? Mit dem Dampfer „Julio Cesare“ sind aus Amerika 119 Goldkisten eingetroffen, die sofort nach Rom an die Bank von Italien geleitet wurden.

# Der tägliche Vormarsch

Sachsen ist nicht zu schlagen!

SAP Reichenbach führt eine öffentliche Versammlung mit dem Gen. Seydewitz durch. Der Saal war so besetzt, daß von der Polizei mit Absperrung gedroht wurde. Das Referat wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Plauen hat die Arbeiterkinder der „Kinderfreunde“ fast restlos der Pionierbewegung der SAP zugeführt. Von 60 bis 70 Kindern bleiben nur 7 bei den Kinderfreunden.

Aue i. E. veranstaltet im größten Saal der Stadt eine öffentliche Versammlung, die von 600 Besuchern gefüllt war.

Eibenstock führt eine ebenso stark besuchte Versammlung mit der Genossin Balabanoff durch.

Auf dem Lande:

Spitzkunnersdorf (Lausitz) gründet SAP-Ortsgruppe mit 11 Genossen.

Weigsdorf-Köblitz (Lausitz) meldet Ortsgruppengründung mit 10 Genossen.

Alle Gruppen der Lausitz melden Zunahme an Mitgliedern.

Mitteldeutschland und Rheinland.

In Schwelm sind von 11 Mitgliedern der SPD-Rathausfraktion 6 zur SAP übergetreten.

In Neuß (Rheinland) treten in Mitgliederversammlung der SPD 7 Genossen nach Abgabe einer Erklärung zur SAP über. In einer öffentlichen Versammlung spricht Sollmann-SPD, der Erfolg waren 4 Uebertritte von SPD-Genossen zur SAP.

Aachen meldet starke Mitgliederzunahme. Ein alter Kämpfer, der 38 Jahre in der Sozialdemokratie gearbeitet hat, befindet sich unter den Uebergetretenen.

Düsseldorfer: In einer Mitgliederversammlung spricht Gen. Siemsen vor 350 Genossen.

In Beienheim (Hessen) wirbt 1 Genosse in wenigen Tagen 11 Mitglieder für die SAP.

Bad Nauheim gründet SAP-Gruppe mit 20 Mitgliedern am 1. Abend.

Was geht im Arbeiter-Turn- und Sportbund vor?

Nachdem von seiten der Kommunistischen Partei die RGO und die Rot-Sportorganisation gebildet worden waren, nahmen Gewerkschaften und Sportorganisationen starke Anlehnung an die Sozialdemokratische Partei...

seiten der SPD-Presse gegen unseren Genossen gesetzt und versucht, ihn als Berichtstatterobmann unmöglich zu machen...

Was bringt der Rundfunk Berlin (Frankfurt) Montag, den 30. November, 15.20 Uhr: M. M. Gahrke, Lebensschicksal bedröckter Frauen...

Westdeutschland, Montag, den 30. November, 16 Uhr: B. Traven: Ein Indianer, der in Gefangenschaft geführt wird...

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich 2,40 RM einschl Bestellgebühr wöchentlich 0,60 RM einschl Bestellgebühr bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch ... Exemplar „SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Schach Achtung! Bezirkstag 6. Kr. 2. Bez. (Ferkberg)

Alle Vereinsdelegierte werden darauf hingewiesen, daß der Bezirkstag in Wilkau am 29. November 1931, vorm. 9 Uhr beginnt...

Sport unterm Faschismus

Die von Mussolini eingesetzte Leitung des italienischen Fußballverbandes hat es den Spielern strengstens untersagt, in Zukunft den Vertretern von Zeitungen Auskünfte und Meinungen irgend welcher Art zu unterbreiten...

Breslau

Öffentliche Anforderung der Bürgersteuer 1931.

1. Die Stadtgemeinde Breslau erhebt für das Rechnungsjahr 1931 eine Bürgersteuer im Höhe von 20 Proz. des Landessatzes...

Haase Spezial-Ausschank Gabelstr. 22 (in Haus) Tel. 35251 das Familienlokal des Südens

Moskau und viele andere Stationen hören Sie mit den Apparaten vom größten Spezialgeschäft Radio-Wachtplatz

DIE SPARKASSE ist ein wichtiges Glied der Wirtschaftsmaschine. Durch umtöftige Abhebungen der Spargelder schwächt ihr die Wirtschaft und schadet Euch dadurch selbst.

Achtung! Gelegenheitskant für Schutzbandformationen + Vereine! Unterzeichneter Verein verkauft eine ne sehr gut erhaltene Kapelle (Martinstrompeln)...

Am Freitag, dem 27. Nov., entriß uns der Tod nach vierwöchentlicher schwerer Krankheit unseren Genossen Hermann Nagel jun.

Die Roten Bücher der Marxistischen Büchergemeinde Im Dezember erscheint Bd IV Das Programm der Revolution

Volkstheater a. Bismpt. D 1, Norden 2948 8 Uhr Hans Albers in LILION

Bettfedern aus erster Hand, dab. billig, Dopp. gerein., füllkräft., Pfd. graue 60 Pf., geschl., 75 u. 90 Pf. Rupp weich 1,50, Halbdaunen 2,75, weißd., hochfein 5., geschl. weißd. 3,50, Schleißhalbf. 5., Daunee 4., 7., weiß 7., 10., Oberbetten, 14 sehl., dicht, Inl. 12.-, 14,50, 18.-, 20.-, 25.-, 30.-, 35.-, 40.-, 45.-, 50.- u. bess. Vers. geg. Nachn. von M. 20.- portofrei, Nichtpass. retour, Mast. u. Preisliste gratis, Böhm. Bettfed.-Spezial-Haus Sachsel u. Stadler, Berlin C, Landsberger Str. 13

Schreibe überall nur mit „Rheinmetall“ Generalvertreter für die Rheinmetall-Schreibmaschinen Fritz Kanther Hamburg a. Rh., Altmarkt 4.

Keine gegnerische Versammlung vor der nicht eine Anzahl unserer Broschürenverkäufer stehen

Der Klassenkampf erscheint am 1. Dezember in seiner alten Form wiewert Nicht im Laub-Verlag, sondern in der Freien Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin-Tempelhof, Hohenzollerndorferstr. 67

Magistrat, Steuerverwaltung. Arbeitssportler! lest die SAZ

Werbt für die „SAZ“